

Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft!

Programm der PDS zur Bundestagswahl 2002

Beschluss der 3. Tagung des 7. Parteitages der PDS
Rostock, 17. März 2002

Die Zeit drängt. Deutschland braucht Veränderung

Deutschland hat eine Regierung, die mit großen Hoffnungen gewählt wurde – wegen Schröders Versprechen und Lafontaines Programm. Doch den Politikwechsel ist sie schuldig geblieben. Die Bundesregierung hat den großen Konzernen und Banken viel, den meisten Menschen in Deutschland wenig gebracht. Sie hat Krieg wieder zum Mittel deutscher Politik gemacht, und sie hat ihre Arbeitsplatzversprechen nicht gehalten.

Wir sehen nicht nur die Krisen dieses Landes und das Versagen der herrschenden Politik. Wir schätzen den geistigen, kulturellen und ethischen Reichtum der Menschen, die in Deutschland leben. Wir wissen um die wirtschaftliche, finanzielle und politische Macht und die großen Möglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland.

Um so empörender ist die Bilanz mit Millionen Arbeitslosen, zunehmender sozialer Spaltung und Ausgrenzung und einer Politik, die demokratische Standards abbaut, Bildung und Zukunftschancen junger Menschen kaputt spart, Frauen gesellschaftlich benachteiligt und sie millionenfach in schlecht bezahlte Teilzeitarbeit und sozial ungesicherte Arbeitsverhältnisse abdrängt. Gesellschaftliche Solidarität ist unter den Regierungen von Kohl und Schröder zum Auslaufmodell geworden. Privatisierung der sozialen Sicherheit und eine skandalöse Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben sind die bedrohlichen Ergebnisse dieser Politik. Dem Osten, schon um viele Chancen von 1989 betrogen, droht ein unumkehrbarer Abstieg – die Jugend geht weg.

In immer kürzeren Abständen ist Krieg das Instrument der Regierenden in der NATO, um ihre Vorherrschaft in dieser gefährdeten und konfliktreichen Welt durchzusetzen. Statt die Wurzeln des internationalen Terrorismus – Ausbeutung und Unterdrückung, Perspektivlosigkeit und kulturelle Zerstörung – zu beseitigen, werden mit Angriffskriegen und Völkerrechtsbruch weitere Ursachen für ihn gefördert.

Die Alternative der CDU/CSU zu dieser Politik heißt Stoiber, nicht Gerechtigkeit, Frieden, Arbeit. SPD und Grüne einerseits, CDU/CSU andererseits streiten um die Regierungsmacht und um Nuancen der gleichen Politik.

Doch am Beginn des neuen Jahrhunderts sind die Gegenkräfte auch in Deutschland erkennbar. Globalisierungskritische Bewegungen haben neue Fragen auf die Tagesordnung dieser Gesellschaft gesetzt und Einfluss gewonnen. Die intellektuelle Debatte in der Bundesrepublik hat an gesellschaftskritischer Dimension gewonnen. In Teilen der Gewerkschaften und der Kirchen, in Frauen-, Jugend-, Friedens- und Antirassismusingitiativen wird dem herrschenden Neoliberalismus hörbar widersprochen.

Und Deutschland hat eine Partei, die in Bundestag und Öffentlichkeit gegen Krieg, gesellschaftliche Erstarrung und soziale Ungerechtigkeit opponiert. Die Partei des Demokratischen Sozialismus will realistische Politik. Sie scheut nicht den kleinen Schritt und nicht den historischen Kompromiss. Sie hält fest an ihrem Ziel, wirkungsvoll zu einem Mitte-Links-Bündnis in Deutschland beizutragen. Aber es gibt keine Ziele, wegen derer sie „Ja“ sagen würde zu einer Beteiligung an Kriegspolitik. Es gibt keine Koalition, wegen derer sie „Ja“ sagen würde zur Fortsetzung einer Politik der sozialen Kälte. Es gibt kein Argument, wegen dessen sie bereit wäre, sich mit dem Abbruch demokratischer und freiheitlicher Rechte abzufinden. Die PDS will eine neue Politik. Gemeinsam mit Betroffenen, mit Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen, Initiativen. Sie streitet für eine reiche Zukunft für Kinder und Jugendliche und findet sich nicht ab mit der gesellschaftlichen Spaltung zu Lasten der Frauen. Die PDS hat viel geleistet, um Voraussetzungen für eine politische und gesellschaftliche Alternative zu schaffen. Auf Seiten der Sozialdemokratie bestehen diese Bedingungen jedoch ganz offenkundig noch nicht.

Deshalb kann es für die PDS gegenwärtig keine andere Entscheidung geben: Sie geht als oppositionelle Partei gegenüber der jetzigen Regierungspolitik und deren allzu ähnlichen konservativen Alternativen

in den Bundestagswahlkampf 2002 und in die neue Legislaturperiode. Das sollen die Wählerinnen und Wähler wissen. Darauf können sie sich verlassen.

Deutschland braucht diese PDS, die gegen die Vorherrschaft des Großkapitals in Staat und Gesellschaft ankämpft, die Engagement der Menschen will und die natürlichen Lebensgrundlagen verteidigt. Ihr gesellschaftliches Ziel ist demokratischer Sozialismus – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung der Einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird.

Es lohnt sich, mehr PDS in den Bundestag zu wählen:

- als Partei der sozialen Gerechtigkeit,
- als Friedens- und Antikriegspartei,
- als Partei, die Ostdeutschland als Zukunftschance begreift.

Deutschland braucht mehr PDS – dringender denn je!

Neue Arbeitsplätze – Basis für soziale Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit

Erwerbsarbeit ist in unserer Gesellschaft die ökonomische Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Bezahlte Arbeit ist das entscheidende Mittel für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Moderne, sozial gerechte Politik muss daher mehr sein als Anpassung an neue Bedingungen und Unterstützung der Wirtschaft. Sie muss bewusst Gestaltung sozialer Verhältnisse sein. Angesichts der Herausforderungen der demografischen Entwicklung der Gesellschaft gilt es, das solidarische Miteinander der Generationen, Ausgleich und Gerechtigkeit innerhalb und zwischen ihnen zu fördern.

Ohne Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, ohne eine Politik mit dem Ziel neuer Vollbeschäftigung wird es nicht gelingen, den Sozialstaat wirksam zu erneuern und zu einer nachhaltigen, sozialökologischen Entwicklung der Gesellschaft überzugehen. Die Einkommens- und Lebensinteressen der Menschen müssen gegenüber den Profitinteressen, zumal denen der Banken und transnationalen Großkonzerne, durchgesetzt werden. Längerfristige volkswirtschaftliche Erfordernisse und gesellschaftliche Zusammenhänge müssen gegen die soziale Blindheit und das Kurzzeitdenken der Märkte, insbesondere der Finanzmärkte, zur Geltung gebracht werden. Die PDS verteidigt die Tarifautonomie gegen diejenigen, die sie aushöhlen und letztlich beseitigen wollen. Die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit kann nicht dem Markt überlassen werden.

Die Bundesregierung hat die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze nicht in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen gestellt. Sie hat es versäumt, frühzeitig auf die sich abzeichnende weltweite Konjunkturkrise zu reagieren. Sie hat dogmatisch an der Politik der Haushaltskonsolidierung festgehalten. Deutschland steht in der Beschäftigungspolitik, bei der sozialen Daseinsvorsorge und den öffentlichen Zukunftsinvestitionen schlechter da als viele seiner europäischen Nachbarn.

Beschäftigungsorientierte Politik muss sich in der kommenden Legislaturperiode von zwei Irrtümern verabschieden: Die Behauptung, dass niedrigere Löhne zu mehr Beschäftigung führen, wird durch die Arbeitsmarktlage besonders in Ostdeutschland widerlegt. Die Behauptung, dass die Steuerreform neue Arbeitsplätze bringe, erwies sich als falsch, weil die Entlastungen für die Masseneinkommen durch den Anstieg der Preise und indirekten Steuern aufgezehrt wurden; zudem führten die Steuergeschenke an Banken, Großunternehmen und Spitzenverdiener ebenfalls nicht zu beschäftigungswirksamer Nachfrage, sondern förderten Unternehmensübernahmen, Fusionen und spekulative Finanzanlagen. Im Ergebnis vermehrte sich privater Reichtum in den Händen weniger, zugleich schrumpften die Einnahmen in den öffentlichen Kassen. Die öffentlichen Investitionen sanken auf ein europäisches Rekordtief, die Handlungs- und Steuerungsfähigkeit von Politik schwand.

Wirtschaftspolitische Instrumente beschäftigungspolitisch nutzen

Die Wirtschafts- und Strukturförderung soll strikt an Beschäftigungsziele gekoppelt werden. Bei Nichteinhaltung dieser Ziele müssen die Fördermittel auch tatsächlich zurückgefordert werden. Öffentliche Wirtschafts- und Strukturförderung soll auf die Stärkung regionaler wirtschaftlicher Zusammenhänge konzentriert werden und die Position kleiner und mittlerer Unternehmen stärken. Die Forderung nach einem Sofortprogramm für kommunale Investitionen sollte umgehend umgesetzt werden. Öffentliche Aufträge sollen viel mehr als bisher in Fach- und kleineren Teil-Losen ausgeschrieben werden, statt Generalunternehmer zu beauftragen. Existenzgründerinnen und Existenzgründer brauchen gezielte Absatz- und Managementhilfen über mehrere Jahre. Der abnehmenden Finanzierungsbereitschaft der Banken kann durch neue, stille Beteiligungsformen der öffentlichen Hand begegnet werden. Die Gründung und kontinuierliche Förderung von Genossenschaften soll erleichtert werden. Die positiven Erfahrungen der Genossenschaften und ihrer Netzwerke in vielen europäischen Länder können auch in Deutschland Anwendungen finden.

Die Wirtschafts- und Währungsunion muss durch eine Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltunion ergänzt werden. Umwelt- und Sozialstandards dürfen nicht dem Diktat internationaler Handelsorganisationen wie der WTO überlassen werden. Die Aufgaben der Europäischen Zentralbank sollten über die Preisstabilität hinaus auf ihre Verantwortung bezüglich Wirtschaftswachstum und Beschäftigung erweitert werden. Europa braucht eine neue Beschäftigungsstrategie mit überprüfbaren Konvergenzkriterien, die soziale Kriterien einschließen, und quantitativen Zielen. Die EU-Fonds sollen zugunsten beschäftigungsfördernder Maßnahmen umgeschichtet und die Strukturpolitik unter diesem Gesichtspunkt geöffnet werden. Wir wollen in der EU ein öffentliches Investitionsprogramm, das den öko-

logischen Umbau der Verkehrssysteme und der Energieversorgung sowie die Schaffung transeuropäischer Informationsnetze unterstützt. Einer Renationalisierung der Agrar- und Strukturpolitik wird die PDS gerade vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung nicht zustimmen.

Die Arbeitslosenzahl deutlich senken!

Die Stärkung der Binnennachfrage durch öffentliche Zukunftsinvestitionen und Erhöhung der Massenkaufkraft durch eine aktive Lohn- und sozial gerechte Steuerpolitik können die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen erhöhen und neue existenzsichernde Arbeitsplätze schaffen. Die Verringerung der regelmäßigen Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich bleibt ein Hauptinstrument zur Sicherung der Beschäftigung. Das Gleiche gilt für die Verwandlung der 1,9 Milliarden Überstunden in neue Arbeitsplätze. Wir wollen deshalb den Überstundenabbau mit einer Initiative zur Begrenzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden voranbringen und das Nebeneinander von Überstunden und Unterbeschäftigung eindämmen. Wir werden Initiativen zur weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeit unterstützen, wenn sie die Zeitsouveränität der Beschäftigten erhöhen, und sie immer ablehnen, wenn lediglich die Arbeitskosten gesenkt werden sollen. Wir wenden uns dagegen, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer chancenlos aus der Arbeitswelt verdrängt werden.

In unserer Gesellschaft wächst der Bedarf an sozialen, kulturellen und ökologischen Dienstleistungen. Dieser Bedarf wird marktwirtschaftlich nicht gedeckt, weil die Arbeit nicht profitbringend organisiert werden kann. Erforderliche Leistungen werden oftmals schlecht, inhuman oder einkommensabhängig und damit Einkommensschwache ausgrenzend erbracht, wenn sie marktwirtschaftlich angeboten werden. Wir fordern daher, dass ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor ausgebaut wird, in dem gesellschaftlich sinnvolle Arbeiten mit öffentlicher Finanzierung vorwiegend von gemeinnützigen oder genossenschaftlichen Trägern geleistet werden. Solche Ausgaben für die öffentliche Daseinsvorsorge rechnen sich volkswirtschaftlich auch unter dem Gesichtspunkt, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Um vorhandene Haushaltsmittel und öffentliche Fördermittel hierfür zusammenzubinden, schlagen wir die Einrichtung eines „Fonds für regionale Gemeinschaftsaufgaben“ vor. In diesen Fonds kann auch ein Teil der bisherigen ABM- und SAM-Fördermittel überführt werden.

Gesellschaftlich sinnvolle, zumal personennahe Dienstleistungen müssen angemessen bezahlt werden. Statt pauschal niedrige Löhne zu subventionieren, treten wir dafür ein, gezielt soziale Dienste, die wie z.B. Pflege- und Betreuungsdienstleistungen in der Zukunft mehr gebraucht werden, öffentlich zu subventionieren. Angemessene Altenpflege lässt sich nicht über Lohndumping und den Einsatz gering Qualifizierter erreichen.

Demokratie und Menschenrechte müssen auch am Arbeitsplatz gelten

Lohnarbeit und andere abhängige Beschäftigung sind das Schicksal von rund 90 Prozent aller erwerbstätigen Menschen in unserem Land. Von Jahr zu Jahr erarbeiten sie immer größeren Reichtum, erhalten einen immer kleineren Teil davon als Arbeitsentgelt und sind immer häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Schröders Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit hat daran nichts geändert, sondern nutzte einseitig der Durchsetzung von Unternehmerinteressen. Die PDS befürwortet den Dialog zwischen Politik und Tarifvertragsparteien, aber sie wird sich auch in Zukunft entschieden dagegen wehren, dass damit in die Autonomie der Gewerkschaften eingegriffen oder die politische Verantwortung des Parlaments umgangen wird. Außerdem halten wir es für unverzichtbar, dass auch die Organisationen der Arbeitslosen in solch einen Dialog einbezogen werden.

Die in dieser Legislaturperiode gegen alle gewerkschaftlichen Vorschläge und die Alternativen der PDS verabschiedete Reform des Betriebsverfassungsgesetzes darf nicht die letzte Antwort auf die Herausforderungen der modernen Arbeitswelt gewesen sein. Nach wie vor ist die Arbeitswelt eine annähernd demokratiefreie Zone. Wir werden die kommende Regierung mit weitergehenden Vorschlägen herausfordern und auch Vorschläge zur Sicherung der Mitbestimmung auf Unternehmensebene einbringen. Gleichzeitig muss der nächste Bundestag endlich den Antistreikparagrafen beseitigen und das Tarifvertragsgesetz reformieren. Es ist an der Zeit, die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu erleichtern, das Verbandsklagerecht der Gewerkschaften zu verankern und den Vorrang des Tarifvertrages vor betrieblichen Vereinbarungen zu sichern.

Im Schatten der wenigen Modernisierungsgewinner nimmt die moderne Arbeitswelt Züge des 19. Jahrhunderts an. Nicht nur trotz des technischen Wandels, sondern häufig genug in Folge moderner Technologien wächst der Stress, nimmt Mobbing zu, und die Konkurrenz wird unerträglich. Deshalb bleibt

unser parlamentarisches Engagement für die Humanisierung der Arbeitswelt und die Stärkung der betrieblichen Interessenvertretung einer unserer Schwerpunkte im nächsten Bundestag.

Nirgendwo werden Frauen so nachhaltig diskriminiert wie bei der Konkurrenz um einen Arbeitsplatz, um Qualifizierung und beruflichen Aufstieg. Die PDS wird auf gesetzliche Regelungen zur Gleichstellung von Frauen in der Privatwirtschaft bestehen. Vor allem Frauen, aber auch alle anderen Beschäftigten werden immer häufiger zu Opfern einer gezielten Beseitigung existenzsichernder Arbeitsverhältnisse. Wir werden deshalb parlamentarische Initiativen ergreifen, um Scheinselbstständigkeit abzubauen, prekäre Beschäftigung einzudämmen und Leih- sowie Zeitarbeit besser zu stellen.

Der Gesundheits- und Arbeitsschutz der Bundesrepublik Deutschland liegt in vielen Bereichen unter den Standards anderer EU-Staaten. Die steigende Zahl von Frühinvalidität ist jedoch ein unübersehbares Alarmsignal für die Politik, den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz neu zu regeln und gleichzeitig die Anerkennung von Berufs- und Erwerbsunfähigkeit zu erleichtern.

Den sozialen und ökologischen Umbau von Arbeit und Wirtschaft voranbringen

Die angeblich besseren Berufschancen von Frauen haben sich fast überall als Illusion entpuppt. 72 Prozent aller erwerbsfähigen Männer haben einen Arbeitsplatz, von den Frauen dagegen nur 57 Prozent. Die deutsche Frauenerwerbsquote zählt zu den niedrigsten in Europa. Arbeitsplätze für Frauen gibt es vor allem im Bereich von Teilzeit, Niedriglöhnen und geringfügiger Beschäftigung. Nach wie vor liegen Frauen bei den Einkommen weit hinter den Männern zurück. Konsequente Schritte zur Umverteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter häuslicher Arbeit bleiben für die PDS unverzichtbar. Wenn die unbezahlt geleistete Arbeit – vor allem in den Familien und Lebensgemeinschaften – nicht in das Konzept der Arbeitszeitverkürzung einbezogen wird, kann sich an der Benachteiligung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft nichts ändern. Familiengerechte Arbeitszeitmodelle sowie mehr und bessere Einrichtungen zur Betreuung und Förderung von Kindern sind dafür ein entscheidendes Mittel. Die PDS wird auf gesetzliche Regelungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft bestehen. Frauen sollen dort, wo sie bisher wenig beschäftigt werden, bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt und befördert werden. Betriebe, die sich um öffentliche Aufträge bewerben, sollen diskriminierungsfreie Einstellungs-, Entgelt- und Arbeitsbedingungen nachweisen. Die PDS wird die Schlechterstellung Alleinerziehender durch die Streichung des Haushaltsfreibetrages nicht hinnehmen, sondern nach Wegen suchen, um durch steuerliche Berücksichtigung der Kinderbetreuungskosten vom ersten Euro an einen Ausgleich schaffen zu können.

Die PDS streitet für die Einführung eines existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohnes, der sich am Standard des Baugewerbes orientiert und mit jeder Tarifrunde der allgemeinen Lohnentwicklung angeglichen wird. Untertarifliche Beschäftigungsverhältnisse dürfen nicht ausgeweitet werden.

Lohndumping muss aber auch durch eine veränderte Vergabepaxis der öffentlichen Haushalte bekämpft werden. Ob es um staatliche Investitionen oder um die Vergabe öffentlicher Dienstleistungen geht, nirgendwo dürfen sich Bund, Länder und Gemeinden an der Unterbietung tariflicher Standards beteiligen. Ein Vergabegesetz soll dies verbindlich regeln und zeitlich begrenzte Förderregelungen für die ostdeutsche Wirtschaft beinhalten.

Anstatt über mindestens zwei weitere Jahrzehnte an der unverantwortbaren Atomenergienutzung festzuhalten, treten wir für eine wirkliche Energiewende ein. Die PDS fordert, den Betrieb der deutschen Atomanlagen schnellstmöglich und die Atommülltransporte in die Wiederaufbereitungsanlagen von La Hague und Sellafield sofort einzustellen. Durch die Förderung und Nutzung der regenerativen Energieträger, der Solar- und der Wasserstofftechnik wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten unterstützen und Beschäftigungsimpulse insbesondere im mittelständischen Sektor auslösen. Die PDS tritt dafür ein, dass der Anteil von Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung an der Strom- und Wärmeerzeugung deutlich erhöht wird. Der Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen sollen in der kommenden Wahlperiode so gesenkt werden, dass die für die Mitte des Jahrhunderts allgemein anerkannten Ziele für den Klimaschutz anteilig erreicht werden. Das heißt, dass der Verbrauch um rund sechs und die Emissionen um mindestens zehn Prozent sinken müssen.

Große Fehlentwicklungen sind durch die Privatisierung von Post und Bahn entstanden. In vielen Bereichen wurde die Grundversorgung der Bevölkerung aufgegeben, um die Unternehmensziele an der Börse auszurichten und profitträchtige neue Märkte zu erobern. Dabei sind Hunderttausende Arbeitsplätze auf der Strecke geblieben und teilweise auch Sicherheit und Zuverlässigkeit. Sogar die im Mehrheitsbesitz des Bundes befindliche Post hat sich auf die Straße zurückgezogen. Wir wollen eine Mobilität,

die von den Menschen als Bereicherung ihrer Lebensqualität genutzt werden kann. Die absehbaren Zuwachsraten des individualisierten Personen- und Güterverkehrs auf der Straße drohen, zu einem Verkehrskollaps zu führen und das Erdklima weiter zu verschlechtern. Mit einer anderen Verkehrspolitik, insbesondere mit dem Ausbau regional attraktiver Schienennetze und ökologisch verantwortbarer Wasserwege, zu warten sowie die Entwicklung des öffentlichen Personenverkehrs nicht voranzutreiben, ist beschäftigungspolitisch falsch und gegenüber der gesellschaftlichen Zukunft verantwortungslos. Teilweise kann die Verkehrswende aus gestaffelten Straßenbenutzungsgebühren für LKW-Transporte finanziert werden. Bei der Entwicklung des Flugverkehrs setzen wir auf den verstärkten Einsatz moderner umweltverträglicher Flugzeuge, die Einführung der Kerosinsteuer und die schrittweise Verminderung des Regionalflugverkehrs.

Eine lebensfähige Land- und Forstwirtschaft ist ein wichtiges Element in unserer Vorstellung von einem sozialökologischen Umbaukonzept. Die durch BSE ausgelöste Vertrauenskrise der Verbraucherinnen und Verbraucher hat europaweit die Agrarpolitik auf den Prüfstand gezwungen. Sie offenbart, dass die fortschreitende Liberalisierung durch die ständig sinkenden Erzeugerpreise den Bauern Produktionsverfahren aufdrängt, die zu Risiken bei der Lebensmittelsicherheit führen, die Umwelt belasten und Arbeitsplätze vernichten. Deshalb setzen wir uns für die Stärkung einer Landwirtschaft ein, die regionale Wirtschaftskreisläufe weiter ausbaut. In deren Mittelpunkt müssen Qualitätsproduktion, Umwelterhalt sowie Beschäftigungssicherung stehen. Eine weitgehende Eigenversorgung mit Nahrungs- und Futtermitteln in der EU kann einen Beitrag zur Lösung des Welthungerproblems leisten. Lebensmittel müssen sicher, gesund und für alle bezahlbar bleiben. Die PDS will keine Kürzung der öffentlichen Agrarausgaben, sondern deren konsequente Ausrichtung auf die ökologische, wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit der Landwirtschaft und ländlichen Räume. Das erfordert eine finanzielle Anerkennung ökologischer Leistungen der Landwirte durch angemessenes Einkommen. Ein besonderes Anliegen der PDS ist die Erschließung der Wertschöpfungsreserven in den neuen Ländern durch Nutzung moderner Agrarstrukturen sowie durch gezielte Förderung und breite Eigeninitiative. Wir treten dafür ein, dass das Bodenreformland, das nach Abschluss der Privatisierung entsprechend dem Ausgleichsleistungsgesetz in Bundesbesitz verbleibt, den Ländern kostenlos für eine aktive Strukturpolitik zugunsten von Bewirtschafterinnen und Bewirtschaftern übertragen wird. Die Agrarforschung muss intensiviert und auf die neuen Erfordernisse der Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Die PDS setzt sich für eine gesellschaftliche und demokratische Kontrolle der Forschung und Anwendung der grünen Gentechnik zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Umwelt ein. Die PDS wird weiter für Verbesserungen im Tierschutz streiten und sich für eine strikte Umsetzung tierschutzrechtlicher Regelungen einsetzen.

Öffentliche Haushalte nicht auf Kosten der Zukunft sanieren

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung staatlichen Handelns. Sie darf weder aufgeschoben noch als Selbstzweck betrieben werden. Eine rückläufige Nettokreditaufnahme und ein Abbau des Schuldensockels liegen im Interesse einer verantwortlichen Finanzpolitik. Zukunftsvorsorge heißt aber auch, die Möglichkeiten künftiger Generationen nicht durch ungelöste soziale und wirtschaftliche Probleme zu gefährden. So sind höhere öffentliche Ausgaben für Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildung, für Wissenschaft, Forschung und Kultur heute die Voraussetzung für berufliche Qualifikation, zufriedenstellende Erwerbsarbeit sowie hohe Wertschöpfung und damit für Steuer- und Beitragseinnahmen von morgen. Die dazu notwendigen Investitionen dürfen nicht blinder Sparpolitik geopfert werden.

Politische Handlungsfähigkeit durch eine sozial gerechte und zukunftsorientierte Steuer-, Haushalts-, Finanz- und Geldpolitik erhöhen

Deshalb stehen wir in Opposition zu einer Politik, die Standortlogik und Wettbewerbsfähigkeit ausschließlich als Wettbewerb um niedrigste Steuersätze und Abgaben begreift. Wir stehen aber auch gegen eine Politik, die sich zunehmend aus Lohn- und Verbrauchssteuern finanziert und gleichzeitig hohe private Vermögen und Gewinne der Konzerne, insbesondere der Banken und Versicherungen, aus der Finanzierung öffentlicher Aufgaben entlässt. Wir wollen wieder eine Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit durchsetzen. Mehr soziale Steuergerechtigkeit muss die finanziellen Spielräume für die öffentlichen Zukunftsinvestitionen erweitern.

Diese Ziele werden wir erreichen durch

- eine Politik, die im Verhältnis des Bundes zu den Ländern und der Länder zu den Kommunen den solidarischen Föderalismus stärkt und der Sanierung des Bundeshaushaltes auf Kosten aller anderen öffentlichen Haushalte ein Ende setzt;
- einen leistungsgerechten Einkommenssteuertarif, der das reale Existenzminimum von der Steuer befreit, konsequenter das tatsächlich erzielte Einkommen erfasst und die erhebliche Schieflage zu Lasten Alleinerziehender beseitigt;
- Individualbesteuerung und Abschaffung des Ehegattensplittings bei Ausgleich von Einkommensverlusten für untere und mittlere Einkommensgruppen;
- eine sachgerechte Besteuerung von Gewinnen aus der Veräußerung von Unternehmensanteilen und anderen Finanzanlagen;
- eine Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit im Rahmen der Körperschaftssteuer durch gewinnabhängig steigende Körperschaftssteuersätze und die stärkere Ausrichtung der Unternehmensbesteuerung an den Finanzierungs- und Liquiditätserfordernissen insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen;
- die Einschränkung von steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten und Steuerschlupflöchern, beispielsweise durch eine Mindestbesteuerung für Gewinne und andere Einkommen;
- eine Abgaben- und Steuerreform, die eine höhere Beteiligung von großen Vermögen und Erbschaften an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben und vor allem an der Förderung gemeinnütziger Zwecke sichert. Vermögen in Höhe des üblicherweise selbstgenutzten Wohneigentums soll steuerfrei bleiben;
- die Ersetzung der so genannten Ökosteuer durch eine Primärenergiesteuer, deren Einnahmen insbesondere für den Ausbau und die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs und ein ökologisches Investitionsprogramm eingesetzt werden;
- eine Erweiterung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes - beispielsweise auf apothekenpflichtige Medikamente und arbeitsintensive Dienstleistungen des Handwerks - und durch Anwendung erhöhter Mehrwertsteuersätze auf Luxusgüter;
- eine konsequente Besteuerung von Börsen- und anderen Spekulationsgewinnen, Einführung einer Tobinsteuer;
- die Verbesserung der personellen und vor allem materiellen Möglichkeiten der Finanzverwaltungen, um regelmäßige Betriebsprüfungen zu gewährleisten und Steuerhinterziehungen zu bekämpfen;
- eine Geldpolitik, deren politische Zielsetzungen national und international, insbesondere im Rahmen der europäischen Union, auf die Lösung auch beschäftigungspolitischer, sozialer und ökologischer Probleme orientiert sind.

Von Deutschlands Rand zu Europas Mitte: Ostdeutschland braucht einen neuen Aufbruch

Die soziale und ökonomische Wirklichkeit fällt ein hartes Urteil über vier Jahre rotgrüne Politik in Ostdeutschland. Seit 1997 bleibt der wirtschaftliche Zuwachs im Osten hinter dem im Westen zurück; der Abstand vergrößert sich wieder. Im vergangenen Jahr schrumpfte die ostdeutsche Wirtschaft. Die Erwerbstätigkeit nahm seit 1998 im Westen zu, im Osten sank die Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze erstmals unter die 5-Millionen-Grenze. Dafür erhöhte sich die Arbeitslosenquote Ost vom 1,8-fachen auf mehr als das 2,3-fache der West-Quote. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen stieg um mehr als 10 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit um 15 Prozent. Erwerbslosigkeit, Ausbildungsplatzmangel, niedrigere Einkommen, Wohnungsleerstand und Abwanderung mehren für viele Ostdeutsche nicht die Erwartungen auf eine lebenswerte Zukunft in ihrer Region. Die „Chefsache Ost“ blieb eine Worthülse.

Wir halten daran fest: Ostdeutschland braucht einen neuen Aufbruch! Eine Perspektive, die im Osten und im Westen trägt und die von in Ostdeutschland lebenden Menschen verwirklicht wird. Eine Perspektive, die die Erfahrungen der Ostdeutschen mit zwei politischen und gesellschaftlichen Systemen, ihre Qualifikationen und ihren kreativen Leistungswillen nutzt, fordert und fördert. Eine Perspektive, die Ostdeutschland zu einem anziehenden Lebensstandort macht.

EU-Osterweiterung als Chance nutzen!

Die Zeit drängt. Der soziale und wirtschaftliche Einigungsprozess steckt in der Sackgasse. Die 2004 bevorstehende EU-Osterweiterung lässt viele Menschen befürchten, dass ihre Lebensregionen zur reinen Transitstrecke im größeren EU-Binnenmarkt und zum perspektivlosen, vergessenen Hinterhof westdeutscher Wirtschaftszentren werden. Wir setzen uns dafür ein, dass sich diese Befürchtungen nicht bewahrheiten. Die PDS sieht und sucht die neuen Chancen für Ostdeutschland. Die Erweiterung der EU kann zu einer Chance Ostdeutschlands werden. Diese wollen wir mit aller Kraft nutzen: in den Kommunen, in den Ländern und Regionen, im Bund und in Europa. Wenn Ostdeutschland mit der Osterweiterung geografisch vom Rand der EU in die Mitte rückt, so muss das auch wirtschaftlich, sozial und kulturell gelingen! Nicht zuletzt die vielfältigen traditionellen Verbindungen mit den ost- und mitteleuropäischen Staaten bieten hierfür eine Grundlage.

Wir werben für ehrgeizige Ziele. Wir setzen uns dafür ein, dass die ostdeutschen Länder als europäische Region mit Zukunft – unabhängig von Sonderalimentierungen und ohne soziale Verwerfungen – lebensfähig werden. Einen neuen Solidarpakt III und Sonderzahlungen an die ostdeutschen Länder ab 2020 wollen wir so überflüssig machen. Wir setzen auf eine neue Modernisierungswelle in und für Ostdeutschland. Wir setzen auf neue Elemente in der Politik: von der Westanpassung zur sozialen und ökonomischen Binnenintegration durch Aufbau und Stärkung ostdeutscher Leistungspotenziale, durch die Entfaltung Ostdeutschlands als Verflechtungsraum von alter und neuer EU, durch eine Neustrukturierung von politischen Entscheidungskompetenzen und durch eine flexible und verantwortliche Finanzierung.

Innovationen und neue Wirtschaftsstrukturen für zukunftsfähige Produkte und Dienstleistungen

Die Vergrößerung der Marktanteile ostdeutscher Unternehmen ist eine Kernfrage für die angestrebte selbsttragende Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland. Die entscheidende Basis dafür ist Unternehmensentwicklung.

Wir streben eine Innovations-, Investitions- und Gründungsoffensive für ostdeutsche Unternehmen an. Neue technologische Entwicklungen – wie etwa die Wasserstofftechnologie und andere Formen der regenerativen Energien – bieten die Chance, Ostdeutschland zu einem wichtigen Standort für umweltverträgliche Energieerzeugung zu machen. Wir wollen regionale Innovations-, Kompetenz- und Kooperationszentren, um eine engere Verflechtung technologieintensiver Produktions- und Dienstleistungsunternehmen mit den Zulieferern und mit leistungsfähigen Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen der Region herbeizuführen und die Chancen von Start-up-Unternehmen zu verbessern.

Unternehmerische Menschen mit kreativen Ideen, sozialem Verantwortungsbewusstsein, mit Risikobereitschaft, Selbstständigkeit und überdurchschnittlichem Engagement brauchen eine intelligente öffentliche Förderung statt Entmutigung durch die restriktiven Kreditkonditionen der Großbanken. Intelligente Förderung heißt für uns auch, betriebswirtschaftlich verengtes Denken und Handeln zu Gunsten volkswirtschaftlicher Nutzeffekte zu überwinden, zum Beispiel durch die Bereitstellung von leerstehenden öffentlich verfügbaren Immobilien zu symbolischen Mietpreisen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer. Die Ansiedlungspolitik soll sich vor allem an Unternehmen mit hohen regionalen Verflechtungseffekten wenden und auf eine sozialökologische Re-Industrialisierung, die Beförderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und die Re-Vitalisierung ländlicher Räume zielen.

Zur Neuausrichtung der Förderpolitik gehört die verstärkte Förderung von Unternehmensverbänden und von Netzwerken zwischen Klein- und Mittelunternehmen, wissenschaftlichen und Bildungseinrichtungen sowie regionalen Akteuren gegenüber der Einzelförderung, um Nachteile, die sich aus der ostdeutschen Unternehmenslandschaft ergeben, einzuschränken und die innovativen Potenziale in den Regionen zu stärken. Dazu gehört auch die stärkere Konzentration der Fördermittel auf Schwerpunkte, auf innovative Kompetenzzentren und Produktionscluster sowie auf Produktions- und Dienstleistungskomplexe mit größeren Erweiterungspotenzialen und regionaler Ausstrahlung.

Die wettbewerbs- und zukunftsfähigen ostdeutschen Agrarstrukturen, insbesondere die Genossenschaften, sollen zu Motoren einer verbrauchernahen und -freundlichen Landwirtschaft mit vielfältigen Kooperationsformen in Verarbeitung und Vermarktung werden. Landwirtschaft bedeutet für uns auch den Erhalt der Produktionsgrundlage Natur durch ökologisch orientierte nachhaltige Bewirtschaftung.

Nicht bis 2004 warten, jetzt aktiv werden!

Wir wollen jetzt Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr. Wir wollen jetzt eine durchdachte Planung für ein Verkehrsprojekt Osterweiterung. Die Verkehrsbelastung in den Grenzorten ist bereits heute kaum erträglich. Der Ausbau grenznaher und grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen gerade auch für den Güterverkehr kann zudem Vorbildfunktion für eine sozialökologische Wende in der Verkehrspolitik Gesamtdeutschlands erhalten. Regionale Wirtschaftsverflechtungen brauchen regionale Verkehrswege, regionale Knotenpunkte und Tarife, die den regionalen öffentlichen Verkehr unterstützen.

Vordringlich ist auch, dass unverzüglich mit einer „Bildungs- und Sprachenoffensive Osterweiterung“ begonnen wird, die in eine gemeinsame grenzüberschreitende Bildungsinitiative mit Polen und Tschechien münden soll. Eine erfolgreiche Osterweiterung braucht sozialen und kulturellen Austausch, regionale Offenheit und gegenseitige Kenntnis, Besuchs- und Begegnungsprojekte sowie Mehrsprachigkeit.

Um die Chancen der Osterweiterung zu nutzen, braucht es eine Neuausrichtung der Förderpolitik. Das von der EU-Kommission vorgelegte Aktionsprogramm „Grenzregionen“ verdient diesen Namen nicht. Die Grenzregionen müssen eine beträchtliche substanzielle Aufstockung im Rahmen dieses Sonderprogramms erhalten. Die Verkehrsinfrastruktur muss vor allem innerhalb der Regionen und nicht nur für die großen transeuropäischen Netze gefördert werden. Klein- und mittelständische Unternehmen brauchen wirksame Anpassungshilfen und vor allem Unterstützung für die Entwicklung grenzüberschreitender Kooperation. In der bundesdeutschen Förderpolitik soll die aktive Vorbereitung auf die Osterweiterung zu einem hervorragenden Vergabekriterium werden. Gleichzeitig muss sich dieser Schwerpunkt in der Haushaltspolitik des Bundes widerspiegeln.

Die grenzüberschreitende Kooperation muss besonders auf den Ausbau der gegenseitigen Forschungs- und Produktionskooperation gerichtet werden. Die EU-Osterweiterung ist eine neue Chance für die innere Einheit. Das vordergründige Bild von den westdeutschen Gebern und den ostdeutschen Nehmern kann damit erfahrbar widerlegt werden. Mit der Osterweiterung erneuert sich die Chance auf gemeinsame Problemwahrnehmung. Die bayrisch-fränkischen Grenzregionen stehen vor ähnlichen Herausforderungen wie Vorpommern, Brandenburg und Sachsen. Das fordert zu einem solidarisch-kooperativen Föderalismus heraus: Gewinnt Ostdeutschland bei der Osterweiterung eine neue Perspektive, nutzt das allen Ländern, und umgekehrt schadet es allen. Dafür brauchen wir in der Bundesregierung keinen Beauftragten für Ostdeutschland, sondern einen Beauftragten für die Ostintegration, der Aktivitäten vernetzt, Grundlinien entwirft und strukturiert, Kontakte vermittelt und der eine „Ständige Konferenz Ostdeutschland“ ins Leben ruft.

Politische Signale für einen neuen Aufbruch setzen!

Wir bleiben dabei: Die Menschen in Ostdeutschland brauchen eindeutige politische Signale, dass der neue Aufbruch ernst gemeint ist und zur Verbesserung und Angleichung der Lebensverhältnisse führen soll. Lebensqualität zeigt sich vor allem im kommunalen Raum. Die ostdeutschen Städte stehen angesichts der demografischen Entwicklung und des wirtschaftlichen Strukturwandels vor zusätzlich komplizierten Aufgaben. Die Last der „Altschulden“, der Modernisierungskredite und der Einnahmeausfälle aus über 1 Million leer stehender Wohnungen sind nicht länger zu tragen. Die Altschulden des DDR-Wohnungsbaus müssen endlich gestrichen werden. Das Programm „Stadtumbau Ost“ ist so auszustatten, dass die ostdeutsche Wohnungswirtschaft ökonomisch überleben und stadt- und sozialverträgliche Rück- und Umbaukonzepte realisiert werden können.

Angleichung der Lebensverhältnisse heißt vor allem auch Lohnangleichung. Die Politik muss die Tarifpartner mit einem Fahrplan zur Angleichung der Löhne unterstützen. Die Diskriminierung ostdeutscher Berufsabschlüsse muss unmittelbar beendet, die verbliebenen Überführungslücken bei Renten- und Versorgungsansprüchen müssen jetzt geschlossen werden, jegliche Reste von Rentenunrecht gehören abgeschafft. Sondergebietsregelungen – wie bei den ostdeutschen Rentenwerten, den Sozialhilfe- und Unterhaltsregelsätzen – müssen in der kommenden Legislaturperiode überwunden werden. Das gilt auch für weitere Regelungen des Sozialversicherungs- und Förderrechts. Wir wollen, dass vernünftige Indikatoren zur Beurteilung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Ost und West einheitlich gelten. Denn über die ostdeutschen Probleme vergessen wir die westdeutschen Regionen an der Küste, im Ruhrgebiet, in der Pfalz oder in der Rhön nicht. Das Denken und Handeln im Ost-West-Muster muss politisch, sozial und wirtschaftlich überwunden werden.

Wir treten für die Anerkennung der Gleichwertigkeit des Grund- und des Gebäudeeigentums im Interesse der ostdeutschen Nutzerinnen und Nutzer von Freizeit- und Erholungsgrundstücken ein. Wir sind

gegen die Benachteiligung im Kündigungs- und Entschädigungsrecht, gegen überhöhte Nutzungsentgelte und gegen eine unangemessene Beteiligung an öffentlichen Lasten.

Soziale Sicherheit gestalten heißt Selbstbestimmung garantieren

Soziale Sicherheit bleibt für die PDS eine unverzichtbare eigenständige Aufgabe in einem demokratischen Staat. Gesellschaftliche, ökonomische und technologische Entwicklung messen wir daran, ob sie zu sozialem Fortschritt führen. Wachsende Produktivität und Effizienz, steigendes Bruttoinlandsprodukt und volkswirtschaftlicher Reichtum müssen soziale Sicherheit für alle stärken und fördern. Erfolgreiche Politik misst sich für uns daran, ob sie die Bedingungen und Voraussetzungen verbessert, damit die Menschen ein selbstbestimmtes würdiges Leben führen können, in dem sie Anerkennung finden und über die gesellschaftliche Entwicklung in Freiheit und Gleichheit selbst bestimmen. Die PDS tritt dafür ein, dass die Ressourcen dieser Gesellschaft die Zukunftschancen der Jüngeren genauso garantieren wie ein menschenwürdiges Leben im Alter. Gesicherte soziale Rechte und die Freiheit von existenziellen Ängsten sind Bedingungen für eigenverantwortliches Handeln, Initiative und Risikobereitschaft.

Der Sozialstaat verteilt nicht bloß einen Kuchen, der zuvor in der Wirtschaft gebacken wurde; er ist zugleich unverzichtbare Voraussetzung für Produktivität, Kreativität, Leistungswillen und Innovation. Der Markt allein bringt gesellschaftlichen Zusammenhalt, Motivation und Engagement nicht hervor. Durch die gesellschaftliche Entwicklung und die einhergehende Individualisierung der Lebenswelten sind die Familien und Lebensgemeinschaften allein mit der Gewährleistung von sozialen Sicherheiten bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Behinderung, Unfall, im Alter, bei der Kindererziehung oder im Pflegefall heillos überfordert. Die in der Wirtschaft geforderte Anpassungsfähigkeit, Flexibilität und Mobilität stehen der individuellen Lebensplanung, der Bereitschaft, langfristig Verantwortung für Kinder zu übernehmen und stabile soziale Netze aufzubauen, entgegen. Ohne sozialstaatliche Einrichtungen, ohne große allgemeinverbindliche Solidargemeinschaften sind soziale Verlässlichkeiten nicht erreichbar.

Die Erneuerung des Solidarprinzips ist die Achse unserer Reformkonzeption. Wir wollen das Solidarprinzip gegenüber dem reinen Leistungs- und Äquivalenzprinzip stärken. Wir wollen zu einem neuen gesellschaftlichen Konsens darüber beitragen, welche Einkommensgarantien der Sozialstaat gewährleisten und finanzieren muss. Es geht um Strukturveränderungen für die Zukunft, um mehr Effizienz und um ein ausgewogenes Verhältnis von Ausgaben und Einnahmen.

Das solidarische Fundament für die Einnahmen erneuern

Leistungsfähigkeit und Akzeptanz der Sozialversicherungen gründen sich auf ihren Einnahmen. Der Abbau der Massenarbeitslosigkeit und die Schaffung zusätzlicher versicherungspflichtiger Erwerbsmöglichkeiten bleiben für uns unverzichtbare politische Aufgaben auch für den weiteren Bestand der Sozialversicherungen. Darüber hinaus tritt die PDS dafür ein, die Beiträge auf einer breiteren solidarischen Basis zu erheben, die dem Wandel in der Struktur der Erwerbsarbeit Rechnung trägt. Gleichzeitig kann so der einseitigen Belastung der sozialversicherungspflichtigen Löhne und Gehälter entgegen gewirkt werden.

Die Arbeitgeberanteile an den Sozialbeiträgen sollen künftig nach der Wertschöpfung statt nach der Lohnsumme berechnet werden. Arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungen würden weniger stark belohnt, die Stellung arbeitsintensiver Unternehmen gegenüber kapitalintensiven verbessert und die Flucht in sozialversicherungsfreie Beschäftigung oder in die Schwarzarbeit erschwert werden.

Heute sind die Sozialversicherungen überwiegend Arbeitnehmersicherungen. Wir wollen sie zu Versicherungen aller Erwerbstätigen, auch der Beamten, Selbstständigen, Freiberufler, Abgeordneten, ausbauen: durch die Integration bestehender paralleler Sicherungssysteme, durch die Versicherungspflicht für alle Erwerbseinkommen. Erneuerte Solidarität bei den Einnahmen heißt für uns auch, die Beitragsbemessungsgrenzen anzuheben. In der Krankenversicherung wollen wir die Versicherungspflichtgrenze auf die Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung anheben und auch Einkommen aus Vermögensbesitz beitragspflichtig machen.

Leben in Menschenwürde für alle

Die PDS tritt für die Verankerung sozialer Grundrechte im Grundgesetz ein, die das Prinzip der Menschenwürde und das Sozialstaatsprinzip konkretisieren. Dazu gehören die Grundrechte auf soziale Sicherung, auf Arbeit und Arbeitsförderung, auf gesundheitliche Fürsorge sowie auf Bildung und Weiterbildung.

Die PDS hält an ihrem Ziel fest, eine einheitliche bedarfsorientierte soziale Grundsicherung als Fundament des sozialen Sicherungssystems einzuführen. Nur so kann gewährleistet werden, dass niemand mit seinem Einkommen unter die Armutsgrenze von 50 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens rutscht. Ansprüche an verschiedene Sozialleistungseinrichtungen, die in der Summe oft kaum mehr als das Existenzminimum ergeben, kann eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung unbürokratisch zusammenführen. Sie ist flexibel und offen für die wachsende Vielfalt von Erwerbsbiografien und sozialen Lebensweisen.

Wohnung und Wohnen gehören zu den wichtigsten Bedingungen sozialer Sicherheit und der Menschenwürde. Wohnen soll daher für alle bezahlbar und die Wohnung sicher sein. Die PDS setzt sich für bezahlbares, sicheres und selbstbestimmtes Wohnen ein. Dazu gehört, dass verschiedene Formen des Wohnens gesellschaftlich anerkannt und dass Wohnen zur Miete in kommunalen und Genossenschaftswohnungen oder das Wohnen im Eigentum gleichberechtigt gefördert werden. Auch künftig ist die öffentliche Förderung zur Verhinderung von Obdachlosigkeit notwendig. Da es keinen einheitlichen Wohnungsmarkt in Deutschland gibt, sind differenzierte wohnungspolitische Strategien in den verschiedenen Regionen Deutschlands erforderlich.

Mit der „Grundsicherung im Alter“ hat die Bundesregierung erstmals den Grundsicherungs-Gedanken im sozialen Leistungsrecht verankert – wenn auch nur für eine Personengruppe, auf einem zu niedrigen Niveau und unter zu bürokratischen Bedingungen. Wir wollen in den kommenden vier Jahren diese steuerfinanzierte Grundsicherung verbessern und für weitere Bevölkerungsgruppen einführen. Hierzu zählen auch eine bedarfsgerechte Erhöhung der Sozialhilferegelsätze sowie eine Reform des Unterhaltsrechtes für Kinder.

Für Menschen mit Behinderungen wollen wir ein eigenständiges Nachteilsausgleichsgesetz schaffen, mit dem bisherige Hilfen in einem einheitlichen Leistungsgesetz vereinigt werden. Menschen mit Behinderungen brauchen eine Reform, die bürgerrechtsorientierte Gleichstellungsgesetze in Bund und Ländern mit wirksamen Benachteiligungs- und Diskriminierungsverboten hervorbringt, damit Behinderung, die durch die Gesellschaft hervor gebracht wird, auch durch sie eingeschränkt und beseitigt werden kann.

Kinderarmut beseitigen - eine Grundsicherung für Kinder schaffen

Kinder haben ein eigenständiges Recht auf Bildung und Entwicklung ihrer Persönlichkeit.

Zu den größten Herausforderungen des Sozialstaates in den nächsten Jahren zählt die bessere Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kindererziehung. Eine Gesellschaft, in der Kinder immer noch das größte Armutsrisiko darstellen, die Kinder als Last für berufliches Fortkommen, familiären Wohlstand oder als Hindernis für die Beteiligung am Erwerbsleben betrachtet, bringt sich um ihre eigene Zukunft. In den kommenden Jahren muss es darum gehen, das Leben mit Kindern finanziell abzusichern, Erwerbsarbeit und berufliche Mobilität bei gleichzeitiger Kindererziehung durch den Ausbau öffentlicher Kinderbetreuung besser zu ermöglichen und die Überwindung der tradierten Rollenverteilung zwischen Frauen und Männern zu erleichtern und stabile soziale Netze aufzubauen.

Die heutige Ehe- und Familienförderung soll konsequent in eine Förderung umgewandelt werden, die an das Zusammenleben mit Kindern gebunden ist. Wir wollen das gegenwärtige Kindergeld stufenweise zu einer existenzsichernden Grundsicherung für Kinder ausbauen, die das soziokulturelle Existenzminimum von Kindern altersgerecht deckt. Kinder, deren Eltern über kein eigenes bzw. ein sehr niedriges Einkommen verfügen, erhalten das existenzsichernde Kindergeld sofort. Für alle anderen Kinder ist das Kindergeld kurzfristig auf 210 Euro und damit auf die Hälfte des durchschnittlichen Existenzminimums zu erhöhen. Damit würden bestehende Leistungen zusammengeführt, steuerliche Freibeträge überflüssig und die Ungerechtigkeit beseitigt, dass das Kindergeld auf die Sozialhilfe angerechnet wird. Nur so bekommt das Recht aller Kinder auf soziale Integration und individuelle Entfaltung einen verlässlichen materiellen Sockel.

Wir wollen die Kinderbetreuung ausbauen, nicht nur, weil Kinder andere Kinder brauchen, sondern auch, damit Mütter und Väter Beruf und Erziehung besser vereinbaren können – unabhängig von der

Höhe des Erwerbseinkommens. Wir wollen für alle Kinder bis zum 14. Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf ein institutionelles, öffentlich gefördertes ganztätiges Betreuungsangebot bzw. öffentlich geförderte Freizeitgestaltung.

Wir fordern, dass in den Sozialversicherungen mehr eigenständige Ansprüche für Frauen geschaffen werden. Ansprüche durch Erziehungs- und Pflegetätigkeiten müssen verbessert, der Wechsel zwischen Teil- und Vollzeitbeschäftigung muss sozialrechtlich erleichtert werden. Wir wollen ein Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit, das Freistellungszeiten mit Lohnersatzleistung und Grundsicherung für Mütter und Väter vorsieht, die zeitlich über die ersten 14 Lebensjahre eines Kindes verteilt werden können.

Für ein solidarisches Gesundheitssystem

Die PDS verteidigt das sozialstaatliche Prinzip des Gesundheitswesens, eine solidarische bedarfsorientierte Gesundheitssicherung mit dem medizinisch Notwendigen für alle. Die gesetzliche Krankenversicherung muss eine vollwertige Versicherung gegen das Krankheitsrisiko bleiben. Ziel einer Reform muss sein, Effizienz und gute Qualität der medizinischen Versorgung für alle Menschen zu garantieren und keine Benachteiligungen von sozial schwachen Menschen, von Menschen mit Behinderungen oder von chronisch Kranken zuzulassen. Die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungen muss beibehalten werden. An diesen Grundsätzen des gesellschaftlichen Solidarprinzips halten wir fest, gerade weil wir um die wachsende gesellschaftliche Bedeutung der Gesundheit wissen. Der Bedarf nach gesundheitlicher Versorgung und die Zahl der Beschäftigten in diesem Bereich werden im Gefolge steigender innovativer Möglichkeiten der Medizin und einer älter werdenden Bevölkerung weiter wachsen.

Leistungskürzungen, mehr Eigenbeteiligung und Zwei-Klassen-Medizin oder mehr Wettbewerb der Kassen um die gesündesten Mitglieder und niedrigsten Beitragssätze lehnen wir ab. Mit unseren Vorschlägen zur Reform der Beitragsbemessungsgrundlagen und der Berechnung des Arbeitgeberanteils anhand der Bruttowertschöpfung des Unternehmens lassen sich die Hauptursachen der Finanzierungsprobleme der Krankenversicherungen beseitigen. Die PDS will zudem die Verschiebung öffentlicher Finanzierungspflichten zu den Krankenkassen stoppen. Leistungen wie das Mutterschaftsgeld und Mittel für die Betreuung kranker Kinder sollen durch Bundesmittel gesichert werden.

Das deutsche Gesundheitswesen erreicht bei der Vorbeugung, Erkennung und Behandlung von Krankheiten trotz moderner Infrastruktur und vorhandener fachlicher Qualifikation im internationalen Vergleich oft nur mittelmäßige Ergebnisse. Überholte Strukturen sowie fehlsteuernde Anreize haben Qualitätsverluste und Unwirtschaftlichkeiten zur Folge. Hier muss eine grundlegende Reform ansetzen. Notwendig ist vor allem, die starre Trennung zwischen ambulant tätigen Ärztinnen und Ärzten, Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen durch bessere Kooperation und Integration zu überwinden. Das gleiche gilt für die Zusammenarbeit von Haus- und Fachärzten bzw. psycho-sozialen Berufen. Wir treten für moderne Versorgungsformen wie Ärztenetze, Gesundheitszentren und Polikliniken ein. Sie sind ein Weg, um medizinisches Wirken zu integrieren, heutige Mängel wie Über- und Fehlversorgung zu vermeiden und Unterversorgung zu beseitigen. Darüber hinaus setzen wir uns für die Stärkung der hausärztlichen Tätigkeit ein. Notwendig sind sinnvollere Vergütungsformen, die mehr Zuwendung ermöglichen und nicht zu medizinisch unbegründeten Leistungen anreizen. Die Ärztinnen und Ärzte und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ostdeutschland brauchen ausreichende Honorare, um eine drohende Gefährdung der Versorgung abzuwenden.

Wir wollen Wettbewerb um medizinische Qualität fördern. Wichtig ist dabei, dass die Leistungs- und Produktanbieter die Wirksamkeit und die Wirtschaftlichkeit ihrer Angebote nachweisen müssen. Und es geht um mehr Transparenz bei der medizinischen Versorgung und die Stärkung der Rechte von Patientinnen und Patienten. Die Krankenhäuser müssen bürgernahe Versorgung und angemessene Arbeits- und Tarifbedingungen sowie erforderliche Aus- und Weiterbildung gewährleisten können. Die skandalöse Ausbeutung vor allem der jungen Ärztinnen und Ärzte, aber auch von Pflegekräften muss beendet werden.

Unausgeschöpfte Potenziale in Prävention und Gesundheitsförderung sind wichtige Ansatzpunkte für die Reform. Insbesondere für Kinder, für Frauen, für chronisch Kranke, für Seniorinnen und Senioren sowie für sozial benachteiligte Menschen wollen wir Präventions- und Versorgungsangebote ausbauen. Dazu muss endlich auch die Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Gesundheitsdienstes wieder gestärkt werden.

Jede Regierung hat sich bisher gescheut, die Preistreiberei der pharmazeutisch-medizintechnischen Industrie zu begrenzen. Wir treten für gesetzliche Regelungen ein, die den Einfluss der Pharmaindustrie auf das medizinische Leistungsgeschehen zurück drängen.

Veränderte gesellschaftliche Bedingungen erfordern ein grundlegend neues Verständnis und Herangehen in der Pflege. Eine menschenwürdige Pflege und assistierende Begleitung im Alter und in hilfebedürftigen Lebenssituationen sind erklärtes Ziel der Politik der PDS in Gegenwart und Zukunft. Dazu bedarf es einer soliden materiellen und finanziellen Grundlage. Alte, pflege- und hilfsbedürftige Menschen haben ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in Würde und mit menschlicher Wärme sowie mit persönlicher Zuwendung ohne Angst und Gewalt.

Einkommen für Arbeitslose sichern

Langzeitarbeitslosigkeit sowie die soziale und regionale Spaltung des Arbeitsmarktes haben sich auf hohem Niveau verfestigt. Andere Parteien nehmen diese fatale Entwicklung zum Anlass, die Arbeitslosenhilfe in der Sozialhilfe auflösen zu wollen. Sie wollen eine Versicherungsleistung für qualifizierte Arbeitslose mit guten Arbeitsmarktchancen und eine kommunalisierte Sozialhilfe-Leistung für die, denen bestenfalls noch einfache Dienstleistungsjobs im Niedriglohnbereich offen stehen sollen. Die PDS tritt dieser Spaltung entgegen.

Wir wollen die solidarische Einheit der Arbeitslosenunterstützung für alle Arbeitslosen wieder herstellen und Einkommen sichern, wenn es an Arbeitsplätzen fehlt. Lohnersatz soll die Arbeitslosen und die Beschäftigten vor der ruinösen Konkurrenz der Arbeit um jeden Preis schützen. Wir wollen in der Arbeitslosenunterstützung eine steuerfinanzierte Grundsicherung einführen. Damit sollen die lohnbezogenen Leistungen aufgestockt werden, wenn sie unter dem soziokulturellen Existenzminimum liegen. Für alle Arbeitslosen sollen einheitliche Rechts- und Fördervorschriften gelten. Kein Arbeitsloser soll mehr wegen unzureichender oder fehlender Leistungen vom Arbeitsamt zum Sozialamt gehen müssen. Diese Grundsicherung für Arbeitslose entlastet zudem die kommunalen Haushalte von den unmittelbaren Kosten der Arbeitslosigkeit.

Durch eine verbesserte, arbeitsmarktnähere Vermittlung, durch Qualifikation und Fördermaßnahmen muss eine schnelle und dauerhafte Rückkehr ins aktive Erwerbsarbeitsleben unterstützt werden. Förderung und Qualifikation sollen auf den zukünftigen Arbeitsmarktbedarf orientiert sein. Angesichts fortbestehender Massenarbeitslosigkeit bleiben für uns arbeitsbeschaffende Maßnahmen im Rahmen der Arbeitsförderung unverzichtbar. Allerdings wollen wir sie nicht zum Zweck der reinen Beschäftigung, sondern volkswirtschaftlich und sozialstaatlich sinnvoll für aktuelle und vor allem absehbare zukünftige Erfordernisse der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Es muss besonders etwas gegen die extrem hohe Arbeitslosigkeit unter Menschen mit Behinderungen getan werden. Dies schließt eine deutliche Verschärfung der Beschäftigungspflicht schwer behinderter Menschen für Arbeitgeber bei einer drastischen Erhöhung der Ausgleichsabgabe mit ein.

Die Arbeitslosenversicherung ist besser an den beschleunigten Wandel in der Arbeitswelt anzupassen. Wir wollen sie zu einer Arbeitsversicherung für alle Erwerbstätigen machen, die nicht nur Ansprüche auf Einkommen, sondern auch auf Qualifikation schafft. Zugleich soll sie stärker präventiv ausgerichtet sein, Qualifikationsansprüche bereits im Vorfeld von tatsächlicher Arbeitslosigkeit verwirklichen, Job-Rotation ermöglichen und so einen Rückhalt für flexible Übergangsstrategien zwischen verschiedenen Arbeitsverhältnissen, aber auch zwischen Erwerbsarbeit und Familienarbeit bilden.

Befristete Ausstiege aus dem Erwerbsleben zum Zwecke privater Pflegearbeit müssen für Frauen und Männer abgesichert werden. Gleichzeitig sollen für Frauen und Männer nach Pflegephasen alle Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung offen stehen.

Dem weiteren Abbau der solidarischen Alterssicherung entgegen treten

Die Rentenreform 2001 bricht mit den seit 1957 geschaffenen Traditionen der sozialstaatlichen lebensstandardsichernden Alterssicherung. Sie erhöht das Armutsrisiko im Alter vor allem für Niedrigverdienende, Teilzeitbeschäftigte, Arbeitslose und Versicherte mit Lücken in der Erwerbsbiografie. Frauen sind davon in besonderer Weise betroffen. Zusätzlich gilt für Frauen der Grundsatz „Gleiche Beiträge führen zu gleichen Leistungen“ in der privaten Vorsorge nicht, weil Frauen im Durchschnitt eine höhere Lebenserwartung als Männer haben. Frauen sind die Hauptverlierer des Gesamtpakets der Rentenreform. In der Zwischenzeit sind durch den Abschluss tariflicher Regelungen und privater Vorsorgeverträ-

ge einerseits Fakten geschaffen worden, andererseits haben steigende Arbeitslosigkeit und sinkende beitragspflichtige Beschäftigung die Modellrechnungen zur langfristigen Beitragssatzstabilisierung zur Makulatur werden lassen. Bei der zu erwartenden „Reform der Rentenreform“ drohen ein weiterer Abbau der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung und eine Erhöhung der privaten Vorsorge. So ist vor allem eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters zu befürchten. Wir werden diesen Weg nicht mitgehen.

Wir werden uns weiterhin für eine Verbesserung der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung einsetzen, damit sie altersarmutsfest wird. Hierzu gehören die Einführung einer Rente nach Grundbetrag für langjährig Versicherte und der weitere Ausbau der eigenständigen Alterssicherung von Frauen. Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters lehnt die PDS entschieden ab.

Die staatliche Förderung für private Vorsorge soll so umgestaltet werden, dass der Grundsatz „Gleiche Beiträge - gleiche Leistungen“ für Frauen wieder gilt. Schließlich wollen wir, dass die betriebliche Altersvorsorge zur vorrangigen Sicherungsform neben der gesetzlichen Rente wird. Die Einrichtung von betrieblichen Altersvorsorgesystemen in Betriebs- und Branchenverbänden soll obligatorisch werden.

Selbstbestimmtes Leben durch Wissen und Kultur, Bildung und Forschung

Bildung, Wissen und Kultur - das sind die Schlüsselressourcen im 21. Jahrhundert. Wissen und neue Erkenntnisse hervor zu bringen und für alle zu nutzen, den gleichen Zugang und die gleiche Teilhabe für alle zu ermöglichen, die Wissbegierde zu wecken und zu fördern – darum geht es. Gerade weil Erkenntnisse schnell veralten und moderne Technologien und Verfahren immer speziellere Kenntnisse voraussetzen, zählen zu den unverzichtbaren Grundlagen moderner Bildung das Verständnis von Zusammenhängen, die Fähigkeit zu lebenslangem Lernen, soziales und historisches Wissen über die eigene Gesellschaft und Kultur wie über fremde Kulturen.

Die Möglichkeiten des Zugangs und der Aneignung von Bildung, Wissen und Kultur entscheiden über soziale Chancen, reale Freiheit und gesellschaftliche Teilhabe jeder und jedes Einzelnen und damit zugleich über die Zukunftsfähigkeit moderner Gesellschaften. Bildung, Wissen, kulturelle Angebote, Kunst und die Möglichkeiten kulturellen Selbstausdrucks als Grundbedingungen selbstbestimmten Lebens müssen uneingeschränkt allen offen stehen – unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrem Alter, von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft, von ihrem Einkommen, ihrer körperlichen Verfasstheit.

Damit alle Menschen die Möglichkeiten des Internets nutzen können, muss der digitale Graben, der Nutzerinnen und Nutzer von Nicht-Nutzern trennt, geschlossen bzw. überbrückt werden. Alle Menschen sollen über die Voraussetzungen für die Nutzung des Internets verfügen können.

Bildung, Kultur, Wissen sind überwiegend Bestandteile gesellschaftlicher und staatlicher Daseinsvorsorge, die beständig auf höherem Niveau erhalten und erweitert werden muss. Darauf bestehen wir gerade auch bei den Massenmedien. Eine demokratische Gesellschaft benötigt öffentlich-rechtliche, demokratisch strukturierte Anbieter, die nicht dem Profitprinzip unterworfen sind. Bildung und Wissen sind in Deutschland ins Hintertreffen geraten. Im Vergleich mit 29 Volkswirtschaften der OECD liegt Deutschland mit seinem Anteil öffentlicher Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt für Bildung nur an 23. Stelle. Nur 8 Prozent der Menschen aus unteren Einkommensschichten nehmen heute ein Hochschulstudium auf, während es bei einkommensstarken Familien über 70 Prozent sind. Die in den siebziger Jahren unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung erreichten Fortschritte bei der sozialen Durchlässigkeit des Bildungssystems sind heute substantiell in Frage gestellt. Die PISA-Studie hat gerade hier die Mängel des deutschen Bildungssystems aufgezeigt.

Der Zustand der Kitas und Schulen offenbart die Wertschätzung der Kinder und Jugendlichen

Die PDS will die Finanzierung der Zukunftsaufgabe Bildung sichern. Wir wollen durch eine neue Prioritätensetzung in der Haushaltspolitik von Bund und Ländern und durch entsprechende finanz- und steuerpolitische Rahmenbedingungen auf Bundesebene erreichen, dass Deutschland in vier Jahren bei den Bildungsausgaben mindestens das OECD-Durchschnittsniveau erreicht hat. Wir wollen Chancengleichheit für alle. Chancengleichheit beginnt beim Start. Deshalb muss bereits für Kleinkinder ein insti-

tutionell gesichertes und öffentlich gefördertes Angebot an Betreuungsplätzen zur Verfügung stehen. Nicht erst die Schule, schon Krippen und Kindergärten erfüllen einen Bildungsauftrag. Bildung und Wissen dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen. Bildungschancen sind Lebenschancen.

Chancengleichheit und Entwicklungsmöglichkeiten für alle Kinder zu bewahren, bedeutet ebenfalls, der besonderen Bedeutung motorischer Anregungen gerecht zu werden. Sport im Sinne von Bewegungserziehung sollte schon im Vorschulalter einsetzen und im Schulsport systematisch weiter geführt werden. Das ist eine Grundvoraussetzung für Gesundheit und für ganzheitliche Entwicklung angesichts der Prognose weiter zunehmender Bewegungsarmut in der Lern- und späteren Berufstätigkeit.

Begabungen und Begabte sollen besser unterstützt werden. Chancengleichheit herstellen heißt für uns auch, Kinder mit Lernschwierigkeiten oder mit Behinderungen besonders zu fördern. Wir wollen verhindern, dass der demografisch bedingte Rückgang der Schülerzahlen ab 2005 als Vorwand für weitere Einsparungen im Bildungsbereich benutzt wird.

Die PDS macht sich für eine bildungspolitische Offensive stark. Die Schulklassen müssen kleiner, der Unterrichtsausfall geringer, Bildungsinhalte und Lehr- und Lernformen zeitgemäß erneuert werden. Soziales Lernen ist zu fördern. Im Grundschulbereich bedarf es besonderer Anstrengungen – auch zur Integration und zur Sprachförderung –, um einer Ausgrenzung ausländischer Kinder entgegen zu wirken. Wir wollen die Voraussetzungen für mehr Ganztagschulen mit Betreuungseinrichtungen schaffen.

Die Schulorganisation und die Schulzeiten sind in Richtung zur integrierten Gesamtschule zu überprüfen und zu reformieren. Zu einem demokratischen Bildungswesen zählen effektive Mitsprachemöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern über die notwendige Reform von Ausbildungsinhalten, Schulorganisation und Schulzeiten.

In der Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer müssen die pädagogischen, didaktischen und methodischen Elemente gestärkt und besser mit der fachwissenschaftlichen Qualifizierung verbunden werden. Öffentliche Investitionen in die Instandhaltung und Modernisierung von Schulgebäuden unter Beachtung der Barrierefreiheit und in die sachliche und personelle Ausstattung der Schulen sind dringend erforderlich.

Die PDS tritt für ein gemeinsames Bund – Länder – Sonder-Programm „Schuloffensive 2003 – 2006“ ein. Hierzu gehört die Erneuerung der Lehr- und Lernmittel außerhalb der üblichen Anschaffungsregeln, denn davon gehen zusätzliche beschäftigungspolitische Impulse aus. Es darf nicht sein, dass unsere Kinder mit veralteten Schulbüchern und in vorsintflutlichen Klassen- und Fachräumen arbeiten. Dazu gehört auch die Senkung der Klassenfrequenzen auf höchstens 25 Schüler pro Klasse und die inhaltliche Autonomie der einzelnen Schulen gegenüber den Aufsichtsbehörden. Eine Privatisierung staatlicher Schulen oder die unter dem Stichwort „Autonomie“ einhergehende Verantwortungsverlagerung für das Einsammeln von Sponsorengeldern zur Finanzierung der Schulen lehnen wir ab.

Start in ein eigenverantwortliches Leben

Alle Jugendlichen brauchen eine reale Chance, eine ihren Interessen und Fähigkeiten angemessene Berufsausbildung absolvieren zu können. Zugleich gehört es zu den Aufgaben der beruflichen Bildung, leistungsschwache und benachteiligte Jugendliche so zu fördern, dass sie einen vollwertigen Abschluss erreichen können. Ausbildungsplätze müssen vor allem in die Regionen, zu den Jugendlichen. Um allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz mit beruflicher Perspektive anbieten zu können, sollen die vielen qualitativ unterschiedlichen dualen, schulischen und Ersatz-Ausbildungsgänge zu einem pluralen Berufsbildungssystem mit gleichwertigen Ausbildungsgängen systematisiert und weiterentwickelt werden. Der Übergang zu einem solchen pluralen System erfordert noch dringlicher, alle Unternehmen an der Finanzierung der beruflichen Ausbildung zu beteiligen. Unternehmen, die nicht selbst ausreichend Ausbildungsplätze anbieten, sind mit einer Umlage an der Finanzierung zu beteiligen. Berufsbildung darf nicht kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Kalkülen überlassen werden. Deshalb treten wir weiterhin dafür ein, dass Auszubildende nach ihrer Ausbildung für ein Jahr übernommen werden. Und deshalb wollen wir die an mittel- und langfristigen Veränderungen orientierte Entwicklung neuer Berufsbilder und Ausbildungsgänge verbessern.

Die Erneuerung der Hochschulen muss in der kommenden Legislaturperiode zu einer zentralen Bund-Länder-Aufgabe werden. Überfüllte Hörsäle und veraltete technische Ausstattung können wir uns im 21. Jahrhundert an den Universitäten und Fachhochschulen nicht leisten. Wir wollen den transparenten und pluralen Einfluss gesellschaftlicher Gruppen auf die Hochschulen stärken. Wir wollen nicht, dass nur zahlungskräftige Großunternehmen auf Wissenschaft und Forschung Einfluss nehmen können. Wir

halten an der Verantwortung von Wissenschaft und Forschung gegenüber der Gesellschaft fest und wollen den gesellschaftlichen Einfluss stärken, ohne die Freiheit der Forschung aufzugeben. Hochschulen brauchen paritätische Mitbestimmungsgremien und demokratisch verfasste Studierendenschaften mit Politik- und Meinungsfreiheit.

Deutschland braucht in Zukunft mehr wissenschaftlich qualifizierte Fachkräfte. Wir fordern daher einen offenen und sozial gerechten Zugang zu den Hochschulen. Dazu gehören für uns auch eine bedarfsdeckende und elternunabhängige Ausbildungsförderung und bundesweit der gesetzliche Ausschluss von Studiengebühren. Der Hochschulzugang von qualifizierten Berufstätigen ohne Abitur soll weiter erleichtert werden. Die Vielfalt der Studienangebote an den Hochschulen ist auszubauen und deren Internationalisierung zu fördern. Gleichzeitig sind die Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit der Angebote von Universitäten und Fachhochschulen herzustellen. Die Einrichtung von Frauenstudiengängen sowie von Frauen- und Geschlechterstudien ist aktiv zu fördern. Wir wollen mehr Frauen in Hochschule und Forschung: Eine Annäherung an die Besetzung jeder zweiten Professur und Juniorprofessur mit einer Wissenschaftlerin muss sichtbar werden.

Mit der Einführung der Arbeitsversicherung wollen wir bessere sozialrechtliche Weiterbildungsansprüche während des Erwerbslebens schaffen und gleichzeitig die finanzielle Beteiligung der Unternehmen an dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe sicherstellen. Bund und Länder sind in den kommenden Jahren besonders gefordert, flächendeckende Weiterbildungsangebote zu schaffen und die Weiterbildung als gleichwertigen Bestandteil unseres Bildungssystems zu stärken.

Für eine verantwortungsbewusste Forschung

Wir treten für die Freiheit der Forschung in gesellschaftlicher Verantwortung und die allgemeine Verfügbarkeit ihrer Grundlagenergebnisse ein. Die bisherige Förderung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen darf nicht ungeprüft in dieses Jahrtausend fortgeschrieben werden. Die PDS fordert analog der „Blauen Liste“ die Schaffung einer „Bunten Liste“. Mit ihr soll ökologische, soziale, interkulturelle und feministische Forschung gefördert werden. Wir brauchen einen öffentlichen Wissenschaftssektor, um die ökonomische Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung zu sichern. Die Fördermittel für technologieorientierte Forschung sollen auf Fragen und Projekte der nachhaltigen Entwicklung von Umwelt und Gesellschaft konzentriert werden.

Fortpflanzungsmedizin und Gentechnik haben Resultate hervorgebracht, die vor einigen Jahren noch undenkbar schienen. Sie sind in der Gesellschaft äußerst umstritten, weil sie grundsätzliche ethische Fragen über die Zukunft der menschlichen Natur aufwerfen. Unsere Gesellschaft braucht diese Debatte dringend, weil alle historischen Erfahrungen zeigen, dass solche Entscheidungen nicht den Fachzirkeln oder Wirtschaftsinteressen überlassen werden dürfen. Im Mittelpunkt der Bewertung des Einsatzes von Gentechnik in Diagnose und Krankheitsbekämpfung steht einerseits der legitime Wunsch der Menschen nach Gesundheit und andererseits der Wunsch nach Anerkennung ihrer jeweiligen körperlichen Verfasstheit. Die PDS setzt sich für eine offene Debatte mit und jenseits der beteiligten Fachöffentlichkeit ein. Die Gentechnik eröffnet neue Chancen für die Diagnostik und Therapie von bisher unheilbaren Krankheiten. Andererseits ist die Versuchung, Eingriffe in der menschlichen Keimbahn vorzunehmen, eugenische Programme und wirtschaftlichen Profit zu realisieren, ungleich größer geworden. Das Interesse der Forschung an embryonalen Stammzellen und der Zugriff auf die weibliche Reproduktionsfähigkeit dürfen nicht über das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und die Menschenwürde gestellt werden. Deshalb erfordert die Gendiagnostik eine politische Rahmensetzung, die zwischen dem Recht auf Selbstbestimmung und den moralischen Grundwerten unserer Gesellschaft abwägt.

Kulturelle Vielfalt zählt zum gesellschaftlichen Reichtum

Wir unterstützen die verfassungspolitische Auffassung, Deutschland als Rechts-, Sozial- und Kulturstaat auszugestalten. Wir setzen uns dafür ein, die gewachsene Verantwortung des Bundes auf kulturpolitischem Gebiet und seine Kooperation mit den Ländern in der Kultur- und Medienpolitik weiter zu konkretisieren. Wir unterstützen alle Bemühungen, die Bundesförderung kultureller Einrichtungen zu verstetigen, die kulturelle Infrastruktur in Ostdeutschland zu erhalten und die Hauptstadtkulturförderung im Einvernehmen mit den anderen Ländern zu sichern. Wir unterstützen das Projekt einer Kulturstiftung des Bundes und der Länder. Eine Reform des Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrechts, die Förderung des Ehrenamtes und die Einführung einer Urhebererbnachfolgevergütung („Goethe-Groschen“) können neue Quellen der Kulturfinanzierung sein. Die expandierende Kultur- und Medienwirtschaft auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene sichert Beschäftigung und kulturelle Identität. Dieser Wachstums-

markt braucht Regulation: Öffentliche, staatsfern organisierte und von der Wirtschaft mitfinanzierte Kulturförderung bleibt notwendig, um kulturelle Vielfalt zu ermöglichen, die der Markt allein nicht sichern kann, aber voraussetzt. Dazu bedarf es einer aktiven Kulturpolitik der Länder, des Bundes und der EU, die auch die Basis- und Soziokultur erreicht.

Freiheit, Demokratie und Sicherheit in der offenen Gesellschaft

Die gleichberechtigte demokratische Teilhabe aller an der Gestaltung der Gesellschaft, gleiche Rechte für alle – unabhängig von Besitz, sozialer Stellung, Geschlecht, Religion, Weltanschauung, sexueller Identität, Hautfarbe, Herkunft, Alter, Gesundheitszustand oder Lebensweise – sind Wesensmerkmale einer freien, demokratischen Gesellschaft.

Die PDS verteidigt das Grundgesetz. Wir streiten auf seiner Grundlage für den Vorrang sozialer Verantwortung, den Schutz der Bürgerrechte, gegen die Überlassung der Wirtschaftspolitik an das Spiel der freien Kräfte und für eine sozialistische Zukunft. Es beschreibt einen Staat, der seine Einwohnerinnen und Einwohner als Subjekte begreift, der die Sozial- und Wirtschaftssphäre gestaltet, der demokratisch kontrolliert werden will und der seine Aufgaben im Dialog mit der Bevölkerung erfüllt. Das Grundgesetz will ausschließen, dass Demokratie ökonomisch erpressbar oder käuflich ist. Statt dessen enthält es Vorschläge, wie auch bedeutsame wirtschaftliche Entscheidungen demokratisch kontrolliert werden können. Unsere Verfassung ist kein totes Ritual, sondern Aufforderung zum Handeln an jede und jeden. Wer sie verstümmeln will, muss auf den entschiedenen Widerstand aller Demokratinnen und Demokraten stoßen. Es ist die Verpflichtung der Politik, die Realität unseres Landes immer mehr dem Verfassungsauftrag anzunähern und nicht umgekehrt die Verfassung auf die unbefriedigende Realität zurecht zu stutzen. Die PDS steht für jene Gebote des Grundgesetzes ein, die der Gefahr der Aushöhlung unterliegen: so für die Menschenwürde, für das Angriffskriegsverbot, für die Sozialbindung des Eigentums, für die Gewaltenteilung, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit, die Koalitionsfreiheit, das Grundrecht auf Asyl.

Eine Gesellschaft, die soziale Spaltungen und Ausgrenzungen duldet oder gar fördert, die soziale, politisch hergestellte Regeln durch private Ellenbogenfreiheit und das Gesetz des ökonomisch Stärkeren ersetzt, bringt wachsende Unsicherheit, Ängste und Konflikte hervor. Eine Gesellschaft, die sich vermeintlichen wirtschaftlichen Sachzwängen ergibt, fördert nicht nur das Gefühl von Hilflosigkeit und Ausgeliefertsein, sondern gefährdet auch die Funktionsfähigkeit von Demokratie durch offensichtliche Ungleichbehandlung. Oft sind Steuerhinterziehung, Subventionsbetrug, Korruption einerseits, Geringschätzung der sozialen Lebensbedürfnisse in der Gesellschaft andererseits die Folge.

Ein schwindendes Sicherheitsgefühl bei den Menschen ist ein zentrales Problem für eine demokratische Gesellschaft. Es mindert den subjektiven Wert der demokratischen Freiheits- und Bürgerrechte. Öffentliche Sicherheit hat für uns zwei Seiten: Die Erfahrung, die eigenen Lebensumstände selbst beeinflussen und kontrollieren zu können, zählt ebenso dazu wie die Erfahrung, sich auf die staatlichen Institutionen verlassen zu können, wenn es um den Schutz von Leib und Leben, Hab und Gut, um die Aufklärung von Verbrechen und die Verfolgung von Straftätern geht.

Demokratische Bürger- und Freiheitsrechte sind ebenso wie soziale Grundrechte für uns unverzichtbare Bedingung demokratischer Sicherheitspolitik, denn Sicherheiten entstehen dort, wo effektives staatliches Handeln der Kontrolle, Einflussnahme und Mitwirkung der Bevölkerung unterliegt, nicht, wo demokratische Freiheitsrechte eingeschränkt werden.

Demokratische Einflussnahme ausbauen

Die Möglichkeiten zur direkten Bürgerbeteiligung sollen durch praktikable Formen direkter Demokratie, durch Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheid auf allen politischen Ebenen ausgebaut werden. Das aktive Wahlrecht soll auf 16 Jahre gesenkt werden. Das aktive und passive Wahlrecht soll für alle gelten, die seit mindestens fünf Jahren ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland haben. Wir fordern, dass die Fünf-Prozent-Sperrklausel aufgehoben wird.

Die PDS setzt sich dafür ein, die Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner gegenüber den Verwaltungen bei Genehmigungsverfahren, Plänen und Programmen durch den Ausbau von Bürgerbeteiligungs- und Informationsrechten sowie einen erweiterten Zugang zu Gerichten deutlich zu stärken. Da-

mit die Bevölkerung ihre Interessen gegenüber staatlichem Handeln wirksamer vertreten kann und damit Bürgerinteressen sowie bürgerschaftlicher Sachverstand bei Gesetzgebungsverfahren größeres Gewicht erhalten, wollen wir das Petitionsrecht ausweiten und verbessern. Die Rechte der Einzelnen müssen gestärkt, das Petitionsverfahren muss offener und öffentlicher gestaltet werden. Besonderes Gewicht soll das Engagement Tausender erhalten, die sich mit Massenpetitionen an den Bundestag wenden. Hier wollen wir Möglichkeiten des unmittelbaren Dialogs zwischen Repräsentanten und Repräsentierten ermöglichen. Wir halten an dem parlamentarischen Petitionsverfahren mit der zentralen Rolle der Petitionsausschüsse fest. Zugleich erwägen wir deren Entlastung und Ergänzung durch demokratisch gewählte und parlamentarisch verantwortliche Bürgerbeauftragte.

Eine Klärung der Kompetenzen zwischen der Europäischen Union, der gesamtstaatlichen Ebene, den Bundesländern und den Kommunen ist ebenso wie die Gewaltenteilung eine wichtige Voraussetzung für ein demokratisches Staatswesen. Der PDS ist es dabei wichtig, mehr Verantwortung nach unten zu delegieren, um die Bürger- und Problemnähe von Politik zu erhöhen.

Demokratie erfordert Transparenz der Verfahren und Entscheidungen. Die PDS setzt sich dafür ein, dass auch das Internet für die Erhöhung der Transparenz, des Services und der Qualität der öffentlichen Verwaltungen und Institutionen sowie der Politik entwickelt wird.

Politik für und mit den seit Jahrhunderten hier lebenden Sorben, Dänen, Friesen, Sinti und Roma

Die Bundesrepublik muss die von ihr international eingegangenen Verpflichtungen zum Schutz der seit Jahrhunderten hier lebenden Minderheiten und zur Förderung ihrer sprachlichen und kulturellen Belange erfüllen. Die Formulierung entsprechender bundespolitischer Grundsätze steht auf der Tagesordnung und muss in einen Grundgesetzartikel münden. Nur wenn ihre nationale Identität bundesweit geachtet und die Förderung seitens des Bundes gesichert ist, können die Angehörigen dieser Minderheiten gleichberechtigt ihre Sprache, Kultur und Traditionen pflegen und ihren Volksgruppen in Deutschland eine Zukunft sichern.

Die Verbände der Minderheiten sind frühzeitig und umfassend in die Vorbereitung politischer Entscheidungen einzubeziehen, die ihre Interessen betreffen.

Handlungsfähigkeit und Verantwortung von Städten und Gemeinden stärken

Direkte Demokratie, soziale Verantwortung, Gemeinsinn, Toleranz und ökologische Vernunft entwickeln sich am nachhaltigsten, wo Menschen die Ergebnisse oder die Versäumnisse der Politik hautnah erleben können – in den Städten und Gemeinden. Deswegen schlagen wir vor, dass die Kommunen über mehr Rechte und reale Möglichkeiten verfügen sollten, öffentliche Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu regeln und zu gestalten. Die im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung soll durch mehr Verfügungsrechte über finanzielle Mittel, erweiterte Befugnisse und direkte Gestaltungsmöglichkeiten wieder hergestellt und gefestigt werden. Eine Reform der Kommunalfinanzen, die zu einer Verstärkung der kommunalen Einnahmen durch die Erhöhung des Steueranteils der Kommunen führt, bleibt für uns unverzichtbar. Dabei soll die Gewerbesteuer modernisiert, aber nicht abgeschafft werden. Auch müssen die Kommunen finanziell von Problemen entlastet werden, die sie nicht verursacht haben, wie etwa die Arbeitslosigkeit. Bei der Zuweisung von Aufgaben des Bundes an die Kommunen muss die Finanzierung gesichert sein.

Die Europäische Union demokratisieren

Die Europäische Union muss demokratischer und transparenter werden. Für viele Probleme der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Entwicklung lassen sich tragfähige Lösungen nur im europäischen Rahmen finden. Demokratisierung der EU heißt für die PDS insbesondere Stärkung des Europäischen Parlaments und der Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung. Der auf dem Gipfel in Laeken eingesetzte Konvent eröffnet die Chance, die Zukunft des sich einigenden Europas unter Einbeziehung der Beitrittskandidatenstaaten sowohl mit den Parlamenten und Regierungen als auch in der breiten Öffentlichkeit zu diskutieren und einen europäischen Verfassungsprozess einzuleiten. Die PDS will, dass der Konvent einen umfassenden und tiefgreifenden Reformvorschlag für die Zukunft der Europäischen Union vorlegt. Er sollte nach Billigung des Europäischen Rates zeitgleich mit den Europawahlen im Juni 2004 den Völkern der EU-Mitgliedstaaten und der im selben Jahr der EU beitretenden Staaten in einem europaweiten Referendum zur Abstimmung vorgelegt werden. Als europäische sozialistische

Partei wird sich die PDS im Rahmen dieser breiten Reformdebatte dafür einsetzen, dass die Grundrechte-Charta der Europäischen Union als Kern einer neu zu schaffenden Verfassung Rechtsverbindlichkeit erhält, die Wirtschafts- und Währungsunion durch eine Sozial-, Beschäftigungs- und Umweltunion ergänzt und neu ausgerichtet wird. Wir wollen, dass das Europäische Parlament das Mitentscheidungsrecht sowie ein Initiativrecht erhält und die nationalen Parlamente mehr Mitgestaltungs- und Kontrollrechte erhalten. Um die Rolle der Bürgerinnen und Bürger in Europa zu stärken, befürworten wir – gleichberechtigt neben der nationalen Staatsangehörigkeit – den Ausbau der europäischen Unionsbürgerschaft.

Diskriminierungen beenden, Gleichstellung verwirklichen

Wir treten weiter für die Beseitigung jeder Diskriminierung von Frauen ein. Für uns ist die tatsächlich gleiche Beteiligung beider Geschlechter an politischer und ökonomischer Macht sowie an Erwerbs- und Familienarbeit ein entscheidender Maßstab für die Entwicklung von Demokratie, Selbstbestimmung, Freiheit und Gerechtigkeit. Auf die tatsächlichen Entscheidungen in Politik und Wirtschaft haben Frauen keinen adäquaten Einfluss, und sie sind in den entsprechenden Gremien unterrepräsentiert. Für den Bereich der politischen Teilhabe werden wir ein Quotierungsgesetz für alle Listen von Parteien zu Wahlen vorlegen. Wir werden weiter auf ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft mit verbindlichen Quotierungsregelungen drängen.

Frauen müssen das Recht haben, ihr Leben umfassend selbst zu bestimmen. So halten wir auch weiter an der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 fest. Ob Frauen ein Kind bekommen wollen, muss allein ihre Entscheidung sein.

Wir wenden uns gegen jegliche juristische und gesellschaftliche Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität und fordern, dass Bedingungen für die volle und gleichberechtigte Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen in der Gesellschaft geschaffen werden. Wir wollen die Gleichstellung aller Lebensweisen.

Öffentliche Sicherheit braucht Konzepte statt hektischer Aktivitäten

Wer öffentliche Sicherheit will, muss für inneren Frieden, für gesellschaftlichen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit sorgen, nicht für einen Abbau von Freiheit und Selbstbestimmung. Wer öffentliche Sicherheit will, muss die Ursachen begreifen und bekämpfen, warum sich Menschen von dieser Gesellschaft abwenden, warum sie Straftaten begehen. Auf soziale Ursachen und Bedingungen von Gesetzesverstößen hinzuweisen, heißt für uns nicht, die Täterinnen und Täter aus ihrer persönlichen Verantwortung zu entlassen. Die PDS nimmt die Ängste und Sorgen vieler Menschen vor Kriminalität und Terrorismus sehr ernst. Wir wenden uns aber gegen eine Politik, die die Sorgen und Ängste der Menschen anheizt, um die Grund- und Freiheitsrechte einzuschränken. Und niemand kann absolute Sicherheit garantieren.

Eine Politik öffentlicher Sicherheit beginnt mit der vorbeugenden Verhinderung von Straftaten im rechts- und sozialstaatlichem Rahmen. Alltägliche Gewalt, Vandalismus, Eigentumsdelikte wachsen oft dort, wo Mittel für den sozialen Wohnungsbau, für öffentliche Zentren, für aktive Sozialarbeit, für Investitionen in den sozialen Zusammenhalt abgebaut werden. Es ist uns ein Anliegen, Ursachen und Bedingungen von Gesetzesverstößen in ganzheitlichen sozial- und innenpolitischen Konzepten abzuändern. So werben wir weiterhin dafür, den Drogenkonsum von Abhängigen zu entkriminalisieren und Cannabis nach dem Vorbild europäischer Nachbarn zu liberalisieren.

Wir wollen eine bürgernahe, für alle ansprechbare, demokratisch strukturierte Polizei in Länderhoheit. Die Polizeibeamtinnen und -beamten müssen angemessen bezahlt, gut ausgebildet und ausgestattet werden. Die Gerichte sollen in der Lage sein, Verfahren schneller sowie in größerer zeitlicher Nähe zur Tat durchzuführen.

Wir treten für eine bessere personelle und technische Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden bei der Aufdeckung von Wirtschaftskriminalität, Subventionsbetrug, Veruntreuung öffentlicher Gelder, Korruption und gesundheitsgefährdenden Verstößen gegen Regeln des Verbraucherschutzes sowie für die strengere Ahndung solcher Delikte ein.

Wir wenden uns gegen eine Politik, die öffentliche Sicherheit durch immer neue, spektakuläre Gesetze herstellen will, nicht aber für die effektive Anwendung bestehender Gesetze sorgt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Bundestag im nächsten Jahr überprüft, ob die jüngsten, von uns abgelehnten Anti-Terrorgesetze tatsächlich zum besseren Schutz vor terroristischen Anschlägen beitragen.

Die deutsche Geschichte hat bedrückende Folgen und Erfahrungen von überwachungsstaatlichen Methoden hervorgebracht. Die PDS strebt eine offene Gesellschaft an, in der Geheimdienste jeglicher Art überflüssig sind. An dem aus historischen Erfahrungen gewachsenen Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten halten wir fest. Der Schutz der in der Verfassung verankerten Grundrechte braucht das Engagement aller. Wir wenden uns entschieden gegen die Privatisierung von polizeilichen, hoheitlichen Sicherungsaufgaben. Sicherheit darf kein Privileg von Wohlhabenden sein.

Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit konsequent ächten und ahnden

Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit stellen eine elementare Verletzung der Menschenwürde dar. Sie bedrohen das zivile Zusammenleben. Frauen und Kinder sowie Behinderte, Alte und Pflegebedürftige sind immer noch sexualisierter, psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt. Jegliche Form von Gewalt gegen Menschen gehört konsequent geächtet und entschieden geahndet. Unnachgiebig treten wir für die gesellschaftliche Ächtung und strafrechtliche Verfolgung rechtsextremistischer und rassistischer Angriffe und Gewalt gegen Menschen anderer Hautfarbe, Herkunft oder Lebensweise ein.

Die PDS steht für verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Kindern. Der straf- und zivilrechtliche Schutz von Frauen und Kindern gegen sexualisierte Gewalt muss verbessert werden. Hierzu zählen mehr Opfer- und Zeugenschutzprogramme, die flächendeckende Finanzierung von Frauenschutzhäusern und Interventionsstellen, Kinderberatungsstellen und Notrufinitiativen. Hierzu zählen bessere soziale und psychologische Hilfen für die betroffenen Menschen und ihre Familien. Es ist dringend erforderlich, konsequent gegen die auch in Deutschland praktizierte Beschneidung von Mädchen vorzugehen und wirksam Initiativen in anderen Ländern zu unterstützen.

Rechtsextremismus bekämpfen

Rechtsextremismus, Neonazismus, Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Intoleranz gegenüber bestimmten Lebensweisen, extremistischer, religiös verpackter Fundamentalismus nagen an den Grundlagen der Demokratie. Denn sie machen Geschlecht, Abstammung, Hautfarbe, Herkunft, Religion, Gesundheitszustand zu den entscheidenden Wesensmerkmalen und wenden sich gegen elementare Grundsätze des zivilen Zusammenlebens, gegen die Würde und das gleiche Recht eines jeden Menschen. Wer sich so gegen die Grundrechte in einer demokratischen Gesellschaft, gegen Freiheit, Gleichheit, Gewaltenteilung und gleiche demokratische Teilhabe aller stellt, soll politisch und wo nötig strafrechtlich bekämpft werden. Wir fordern die konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer und rechtsextremistischer, neonazistischer und nationalistischer Volksverhetzung und Gewalttaten sowie eine bessere Aufklärung über Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die PDS will die Einrichtung einer öffentlichen Beobachtungsstelle für antisemitische, rassistische und rechtsextremistische Aktivitäten. Die PDS setzt sich auch in der Zukunft für breite Bündnisse zur Bekämpfung der extremen Rechten ein. Wir werden uns weiter aktiv daran beteiligen und an unserer Forderung nach besserer öffentlicher Unterstützung antifaschistischer und antirassistischer Gruppen festhalten.

Offene Grenzen für Menschen in Not

Die Menschenwürde, die Menschenrechte sind nicht teilbar. Wir verteidigen das individuelle Grundrecht auf politisches Asyl und fordern offene Grenzen für Menschen in Not. Ein Staat, der Menschen in Not abweist, verletzt eine elementare humanitäre Pflicht. Die PDS setzt sich dafür ein, dass nicht nur staatliche, sondern auch nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung als Asylgrund anerkannt werden. Wir treten weiter für die Abschaffung von diskriminierenden Sondergesetzen, wie es das Asylbewerberleistungsgesetz oder die Residenzpflicht sind, ein. Hunderttausende von Menschen leben illegalisiert hier. Sie sind oft Opfer skrupelloser Ausbeutung. Für sie müssen wir Perspektiven eines legalen Aufenthalts schaffen.

Die PDS tritt für eine EU-weite Harmonisierung der Asyl- und Migrationspolitik auf der Basis menschenrechtlicher Standards ein. Die Bundesregierung muss ihre Blockadehaltung im Ministerrat bei einer Festschreibung menschenrechtlicher Mindeststandards in der EU-Flüchtlingspolitik aufgeben. Eine neue Asyl- und Migrationspolitik muss Abschied nehmen von der gescheiterten rigorosen Abschottungspolitik, die nicht nur an den Außengrenzen der EU das Leben von Flüchtlingen in Gefahr bringt, sondern auch in den Mitgliedstaaten zum Entstehen von „Schattengesellschaften“ von Illegalisierten beiträgt. Ihnen müssen Perspektiven für eine Legalisierung gegeben werden. Konzepte zur Abwehr von Flüchtlingen, wie die des „Sicheren Drittstaats“ und des „Sicheren Herkunftslandes“, die die Genfer

Flüchtlingskonvention untergraben, sollten nicht in eine gemeinsame EU-Asylpolitik eingehen. Die EU soll mit ihrer menschenrechtlich orientierten Flüchtlingspolitik international Vorbild für andere Staaten und Staatenverbände werden und den Schutz für Menschen in Not ausbauen.

Die PDS fordert die volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention und die Anpassung des Ausländer- und Asylrechts im Hinblick auf den Schutz und die Rechte von Flüchtlingskindern unter 18 Jahren.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland

Die PDS tritt für klare und transparente Regelungen ein, die Vorgaben aus Verfassungs- und Völkerrecht umsetzen und eindeutige Rechtsansprüche schaffen. Zu uns kommen immer Menschen, nie nur „Arbeitskräfte“. Sie brauchen eine rechtliche Gleichstellung im Rahmen eines demokratischen Einwanderungs- und Niederlassungsrechts. Die durch Arbeitsmigration seit langem in Deutschland lebenden ethnischen Gruppen haben das Recht auf Schutz und Förderung der Pflege ihrer Sprache, Kultur und Traditionen.

Rechtliche Regelungen sollen auch verhindern, dass Migrantinnen und Migranten für Lohn- und Sozialdumping missbraucht werden. Ein Antidiskriminierungsgesetz muss gegen den alltäglichen Rassismus, gegen Ausgrenzung schützen. Wir brauchen eine aktive Integrationspolitik für die, die einwandern, und für jene, die schon lange oder immer hier leben. Eine aktive Einwanderungspolitik verpflichtet die Gesellschaft zugleich zu sozialen Investitionen in Sprachförderung, in kulturelle Einrichtungen, in konkrete Integrationshilfen und Sozialarbeit. Wir wollen in den Schulen die interkulturelle Bildung fächerübergreifend stärken und Mehrsprachigkeit fördern; wir fordern im Kultur- und Jugendbereich mehr Mittel zur Förderung demokratischer Jugendkultur und für internationalen Jugendaustausch. Respekt vor dem Anderen und Fremden ist Existenzbedingung einer demokratischen Gesellschaft in einer globalisierten Welt.

Globale Probleme friedlich, kooperativ und gerecht lösen

„Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenrechte und eine Leben in Würde“ – diesen Zielen muss deutsche Außenpolitik verpflichtet sein. Frieden kann nur wachsen, wo Gerechtigkeit herrscht. Freiheit gibt es nur dort, wo die Menschen ohne Angst vor Gewalt und ohne Sorge um das tägliche Brot leben können. Die dauerhafte Sicherung von Frieden und Freiheit verlangt daher kategorisch, die in der Welt von heute herrschenden Gegensätze zwischen Reich und Arm, Nord und Süd, Starken und Schwachen zu überwinden. Deutsche Außenpolitik soll durch eigenes Handeln, durch entsprechendes Wirken in der Europäischen Union, in Kooperation mit anderen Staaten und in der UNO dazu einen Beitrag leisten.

Für die anderen Parteien im Deutschen Bundestag zeigt sich die wiedergewonnene staatliche Souveränität Deutschlands an der Bereitschaft und Fähigkeit, Krieg führen und mit ihm als Normalität leben zu können. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wurden deutsche Soldaten, und zwar entgegen dem Verfassungsgebot und out of area, in den Krieg geschickt, Streitkräfte gelten wieder als Mittel zur Durchsetzung außenpolitischer Interessen. Damit finden wir uns nicht ab.

Deutschland zählt heute zu den stärksten Nationen in Europa mit weltpolitischem Gewicht. Wir halten an der Kultur militärischer und machtpolitischer Zurückhaltung fest, die lange Zeit die deutsche Nachkriegsgeschichte prägte. Die PDS hat im Bundestag aus guten Gründen die Beteiligung der Bundeswehr an Kriegen und Militärinterventionen abgelehnt und den Abzug dieser Militärkontingente aus den Einsatzgebieten gefordert. Dies wird so bleiben. Die PDS will Konflikte zivil und nicht militärisch lösen. Deutschland muss sich in der Welt als fairer Partner für globale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Wohlstand erweisen. Gerade als weltwirtschaftlich eng verflochtenes Land muss Deutschland an einer friedlichen, überlebensfähigen, sich nachhaltig entwickelnden Welt aktiv mitarbeiten. Dies bedeutet für uns auch, dass Deutschland seine Mitgliedschaft in der EU zur Durchsetzung einer sozialen und ökologischen Politik nutzt.

Auf internationaler Ebene treten wir für die Stärkung der internationalen Institutionen wie UNO und OSZE und für eine zuverlässige Einbindung Deutschlands in diese Institutionen ein. Deutschlands Zukunft liegt in einem geeinten Europa, einem Europa, das hegemoniale Ansprüche anderer zurückweist,

ohne eigene Vorherrschaftsansprüche zu stellen, einem Europa, das seine sozialstaatlichen Traditionen weiterentwickelt und sich für eine gerechte Weltordnung stark macht.

Globalisierung gestalten

Das vergangene Jahrzehnt begann mit großen Hoffnungen auf Frieden, auf mehr Demokratie, mehr Gerechtigkeit und eine ökologisch erneuerte Welt. Weitreichende Programme zur Rettung und Besserung der Welt wurden auf Konferenzen der Vereinten Nationen beschlossen, jedoch nicht realisiert.

Stattdessen wurden die Gegensätze in der Welt durch eine ungebremste kapitalistische Globalisierung verschärft. Die sich an den Machtinteressen großer Industrienationen orientierende Politik der kapitalistischen Globalisierung führt zu desaströsen Folgen. Sie sind unübersehbar: mehr Instabilität, mehr Gewalt, mehr Ungerechtigkeit. Wir wollen stattdessen Globalisierung nach dem Leitbild einer kooperativen Weltwirtschaftsordnung gestalten: sozial, ökologisch, demokratisch.

Wir wollen erreichen, dass Deutschland zum Aktivposten bei der demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzströme und der Einbindung internationaler Konzerne in die soziale Verantwortung wird. Dabei geht es um die Austrocknung jeglicher Geldwäsche aus illegalen Geschäften, deren Umfang auf weltweit jährlich 1.500 Milliarden Dollar geschätzt wird. Es geht aber auch darum, dass sich Vermögende und Konzerne durch die Flucht in Steueroasen der Besteuerung entziehen und die Steuerdumpingkonkurrenz vorantreiben. Daher ist es erforderlich, dass sich die Bundesrepublik Deutschland für die Abschaffung der Steueroasen einsetzt. Die zügige Umsetzung des OECD-Sanktionskataloges gegen die Steueroasen ist ein erster Schritt dazu. Staatliche Handlungsspielräume müssen zurück gewonnen, die zersetzende Macht transnational agierender Kapitale muss zurück gedrängt, die internationalen Handlungsoptionen für die Entwicklung müssen gestärkt werden. Dazu gehört auch die Einführung einer Steuer auf Devisengeschäfte (Tobin-Tax). Wenn ein weltweites Abkommen nicht erreichbar ist, sollte sie in der EU eingeführt werden. Die Vereinbarung von Währungs Kooperation wäre ein weiterer Schritt zur Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte.

Transnationale Konzerne und Investoren müssen auf soziale Verantwortung verpflichtet werden. Deshalb unterstützen wir Maßnahmen zur Durchsetzung sozialer Standards im Welthandel. Wir bejahen die gewerkschaftlichen Bemühungen um verbindliche Verhaltenskodizes und Maßnahmen der Transparenz, mit denen Unternehmen verpflichtet werden, über ihre Investitionsaktivitäten und deren Sozial-, Umwelt- und Beschäftigungswirkungen in jedem Land, in dem sie aktiv sind, zu informieren. Es sind Verfahren zur gesellschaftlichen Kontrolle dieser Anlageaktivitäten zu entwickeln. Internationale Organisationen wie die Internationale Arbeitsorganisation oder der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte müssen stärker unterstützt und in ihrem Durchsetzungsvermögen gestärkt werden. Die Richtlinien für die Vergabe von Hermes-Ausfuhrbürgschaften sind verbindlich an Umwelt- und Sozialverträglichkeit und an der Einhaltung der Menschenrechte auszurichten. Transparenz, parlamentarische Kontrolle und die Einbeziehung der Nichtregierungsorganisationen sind zu gewährleisten. Außerdem lehnen wir die geplante Neuregelung des Kreditgeschäftes (Basel II-Abkommen) ab, weil jedes weitere Vorenthalten und Verteuern von Darlehen an Kleinunternehmen weiterem Mittelstandsterben Vorschub leistet.

Bildung, Forschung, Gesundheit und Wasser stellen für uns öffentliche Güter dar, die aus den Verhandlungen über die weltweite Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgenommen werden müssen. Öffentliche Aufträge und das öffentliche Beschaffungswesen sind an die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards zu binden. Wir treten für die Freigabe von Patentrechten für Produkte der menschlichen Grundversorgung ein – zum Beispiel für Medikamente, die sich im Besitz pharmazeutischer Konzerne befinden und die für die Bekämpfung schwerwiegender und weit verbreiteter Krankheiten wie etwa Aids in Afrika aus Preis- und Patentgründen nicht zur Verfügung stehen.

Im Rahmen der Welthandelsorganisation und anderer internationaler Institutionen soll sich Deutschland für eine faire Entwicklung verwenden. Hierzu gehört nach unserer Auffassung die Schaffung globaler politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen, die es Entwicklungsländern ermöglichen, ihre eigenen Märkte zu entwickeln und gleichzeitig Zugang zu den Märkten des Nordens zu erlangen. Dies schließt den Abbau von Exportsubventionen der reichen Länder ein.

Im Interesse unverzüglicher Katastrophenhilfe im Falle von Vulkanausbrüchen, Erdbeben, Überschwemmungen usw. ist das System des internationalen Katastrophenschutzes zu verbessern.

Wir wollen erreichen, dass sich die Kreditprogramme der internationalen Organisationen auf langfristige Kooperationen konzentrieren, die für die eigenständige Entwicklung der Schuldnerländer Voraussetzung sind: ressourcenschonende Technologien im Bereich der Nahrungsmittelproduktion und Energiegewinnung, Gesundheit, Wasser, Bildung. Solche Entwicklungsprogramme müssen mit einer Stärkung der Rechte der Frauen verbunden werden.

Kehrtwende in der Entwicklungspolitik herbeiführen – Armut überwinden

Kaum noch überschaubar ist die Zahl der internationalen Abkommen, in denen die Industrieländer Selbstverpflichtungen zur Entwicklungszusammenarbeit eingegangen sind. Nicht gehaltene Zusagen sind in vielen Ländern der Erde auch Quelle für Hoffnungslosigkeit und für Wut auf westliche Arroganz. Deutsche Außenpolitik soll darauf gerichtet sein, diesen Kreislauf zu durchbrechen. Das Versprechen, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungsprojekte aufzuwenden, muss die Bundesregierung erfüllen. Deutschland soll die Initiative für einen internationalen „Marshallplan für Entwicklung“ ergreifen, der alle Staaten zur Umschichtung von Rüstungsausgaben in die Entwicklungsförderung verpflichtet. Die großen Industriestaaten der OECD gaben zuletzt jährlich ca. 800 Milliarden Dollar für Rüstungszwecke aus, für die öffentliche Entwicklungshilfe erübrigten sie weniger als fünf Prozent dieser Summe. Wir sagen: Statt Rüstungsboom sollen 100 Milliarden Dollar in die Wassergewinnung sowie die Wasserversorgung und -entsorgung investiert werden! Das wäre ein wirkungsvoller Beitrag für eine friedliche Welt, für Ressourceneffizienz, für mehr Arbeitsplätze und Wohlstandsentwicklung.

Von überragender Bedeutung ist für die Länder des Südens nach wie vor der Abbau ihrer immensen Schuldenlast. Durch die Fortführung und Ausweitung umfassender Schuldenerlasse für die ärmsten Länder und großzügige Entschuldungsvereinbarungen mit den anderen Entwicklungsländern müssen Signale für einen entwicklungspolitischen Aufbruch gesetzt werden.

Entwicklungsprogramme sollen vor allem dazu dienen, eine binnenmarktorientierte Wirtschaft in den Entwicklungsländern zu stärken, beim Auf- und Ausbau der sozialen Infrastruktur zu helfen und deren Kooperation zu fördern. Es bedarf umfassender Programme, um eigenständige Beiträge Deutschlands zur Umsetzung der zum Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen formulierten Ziele zu erbringen. Insbesondere geht es um konkrete Beiträge zur Armutsbekämpfung, zur Bekämpfung von Massenkrankheiten sowie zum ausreichenden Zugang aller Menschen zum Wasser.

Das Völkerrecht verteidigen, die Vereinten Nationen stärken und demokratisieren

Ein Umsteuern in der internationalen Politik ist unumgänglich, wenn die Gewalt in der Welt verringert werden soll. Seit Jahrzehnten ungelöste Konflikte wie in Nahost, Südasien oder Afrika, die immer wieder zu eskalieren drohen, müssen endlich gerecht gelöst werden. Dies braucht neue Leitbilder und Regulationsformen für die friedliche Koexistenz und die gemeinsame Entwicklung.

Unter der Führung der USA wurde nach den schändlichen Terrorattacken vom 11. September 2001 der lang andauernde Feldzug gegen „das Böse“ ausgerufen. Wir haben uns strikt dagegen gewandt, dass auf Terror mit Krieg geantwortet wird. Ebenso wenden wir uns dagegen, die Terrorismusbekämpfung als Vorwand zu nutzen, um strategische und ökonomische Interessen durchzusetzen, wie dies die NATO und die US-Administration im Besonderen tun. Die Zivilisation muss zivilisiert verteidigt werden. Die PDS verurteilt jeglichen Terrorismus, unabhängig davon, von wem er ausgeht und mit welchen Motiven er begründet wird. Wir bleiben dabei, dass Terroristen effizient verfolgt und der internationalen Strafgerichtsbarkeit zugeführt werden müssen und dass man ihre Finanzquellen – auch durch die Drosselung der internationalen Waffenmärkte – trocken legen muss. Eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus müssen die Vereinten Nationen spielen. Die Verabschiedung einer umfassenden Konvention, die Einrichtung eines Zentrums für Terrorismusbekämpfung und der Aufbau von Instrumenten der Strafverfolgung gehören dazu. Die zügige Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes sollte als vordringliche Aufgabe angesehen werden.

Wir wollen eine Welt, in der die wichtigsten Entscheidungen in der UNO und nicht in sich selbst mandantierenden Militärbündnissen, wie der NATO, oder in Organisationen, wie der G7/G8-Gruppe, getroffen werden. Die internationale Ordnung kann dauerhaft nur auf der Herrschaft des Rechts und nicht auf der Macht des Stärkeren beruhen. Die Vereinten Nationen brauchen endlich die Mittel, die sie zur Wahrung und Entwicklung einer friedlicheren Welt benötigen: Kompetenzen, Finanzen, Personal. Die Stärkung und Reform der Vereinten Nationen darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Es liegt im Inte-

resse einer stabileren Weltordnung, dass die Stimme der sogenannten Dritten Welt in der Völkergemeinschaft lauter wird. Dies muss sich im Gewicht der UN-Vollversammlung und in der Sitzverteilung im Sicherheitsrat widerspiegeln. Die Vereinten Nationen müssen eine neue Verantwortung auch in der Entwicklung einer globalen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik bekommen. Dazu gehört, dass sich der Internationale Währungsfond und die Weltbank in die UNO einordnen und an den Zielen der Armutsbekämpfung, einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsförderung und der Durchsetzung der Menschenrechte orientieren müssen.

Abrüstung jetzt

Nach einer kurzen Unterbrechung Anfang der 90er Jahre steigen die Rüstungsausgaben wieder – auch in der Bundesrepublik. Bei der weltweiten Ächtung, Kontrolle und Vernichtung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen drohen neue Rückschläge. Die USA forcieren den Aufbau einer neuen Raketenabwehr-Rüstung, die mehr Unsicherheit bringt.

Das neue strategische Konzept der NATO ist auf weltweite Intervention zur Durchsetzung strategischer Interessen – Öl, Gas, Wasser, zur Abwehr von Fluchtbewegungen und zur Sicherung von Handelswegen – ausgelegt. Aus einem Verteidigungsbündnis wurde ein Interventionsbündnis. Militärische Konfliktlösungen werden mehr und mehr zur Normalität. Doch es gibt Alternativen zur Militärlogik.

Die Logik des Friedens beruht auf vorausschauender Politik, auf wirtschaftlichem und sozialem Interessenausgleich, auf dem Ausbau ziviler Instrumente der Konfliktbewältigung, auf der intensiven Förderung des Dialogs der Kulturen. Sie zielt auf die Überwindung militärischer Strukturen und Instrumente. Ein Deutschland ohne Bundeswehr sowie eine Welt ohne Krieg sind und bleiben Ziel der Politik der PDS. Dieser Logik zum Durchbruch zu verhelfen, ist eine langfristige Aufgabe, die unverzüglich begonnen werden muss.

Die Ernsthaftigkeit vorbeugender und nachhaltiger Konfliktbearbeitung muss sich an Haushaltszahlen messen lassen. Die Mittel für zivile Konfliktlösungen, darunter für den zivilen Friedensdienst und die Friedens- und Konfliktforschung, müssen kräftig angehoben werden. Wir wollen, dass das Militärbündnis NATO aufgelöst und durch kollektive Sicherheitsstrukturen im Rahmen der UNO und ihrer Regionalorganisationen, wie der OSZE, ersetzt wird. Unmittelbar treten wir dafür ein, dass die Bundesrepublik ihre Beteiligung am neuen strategischen Konzept der NATO aufkündigt, ihre Unterstützung für das gegenwärtige Auf- und Umrüstungsprogramm der NATO zurückzieht und auf der Aufhebung der nuklearen Erstschlagsdoktrinen besteht. Neuen Erweiterungsrunden der Allianz werden wir nicht zustimmen.

Wir halten an unseren Vorschlägen für eine mittelfristige Bundeswehrreform fest. 100.000 Soldaten und Soldatinnen sind mehr als ausreichend, um den grundgesetzlichen Auftrag der Landesverteidigung zu erfüllen. Da die Bundesrepublik nur noch von Freunden und Partnern umgeben ist, bedeuten einseitige Abrüstungsschritte nicht weniger, sondern mehr Sicherheit. Wir wollen eine aus Zeitsoldaten zusammengesetzte Freiwilligen-Armee anstelle der allgemeinen Wehrpflicht. Wir fordern einen Stopp der umfangreichen Modernisierungs- und Beschaffungsprogramme, mit denen die Bundeswehr für weltweite Militäreinsätze fit gemacht werden soll. Die Personalstärke der Bundeswehr soll schrittweise reduziert werden, die frei werdenden Mittel im Wehretat sollen zu 80 Prozent in einen Konversionsfonds des Bundes überführt werden, um in den Standort-Regionen den sozial- und umweltverträglichen Übergang von militärischen zu zivilen Arbeits- und Sozialstrukturen zu ermöglichen. Ein Fünftel soll in internationale Kooperations- und Entwicklungsprojekte des Bundes fließen. Um diesen Umstellungsprozess zu organisieren, ist ein Bundesamt für Rüstungskonversion und Abrüstung unumgänglich. Wir werden weiter darauf drängen, dass Rüstungsexporte verboten werden und dass in der nächsten Legislaturperiode eine deutliche Reduzierung bei den Waffenausfuhren erreicht wird.

Die europäische Chance nutzen

Die geplante Erweiterung der Europäischen Union um zunächst bis zu 10 Staaten im Jahr 2004 bietet die Chance, dass die Europäische Union in naher Zukunft alle europäischen Staaten umfasst, die dies wünschen. Dabei sind wir uns bewusst, dass die Beitrittskandidaten viele soziale und wirtschaftliche Probleme zu lösen haben. Die PDS befürwortet und unterstützt den bevorstehenden Beitritt mittel- und osteuropäischer Länder sowie Maltas und Zyperns.

Die PDS wird sich für eine partnerschaftliche Kooperation mit Russland, mit den Staaten der GUS und mit anderen Nachbarn der Europäischen Union einsetzen. Dadurch würde die Nachkriegsspaltung Eu-

ropas überwunden. Zugleich könnten sich neue Möglichkeiten eröffnen, der neoliberal geprägten Globalisierung und zunehmenden Marginalisierung ganzer Regionen entgegen zu steuern und dem Wiederaufbrechen von Nationalismen in West- und Osteuropa Einhalt zu gebieten. Die PDS engagiert sich für die Kooperation der Linken in Europa, um den Widerstand gegen Sozial- und Demokratieabbau zu stärken. Unser Ziel – ein Europa der Demokratie und Solidarität – schließt die Unterstützung der Vernetzung von gewerkschaftlichen und betrieblichen Strukturen, sozialen Bewegungen und Initiativen, wie Attac und Euromarsch, sowie die Unterstützung der Kämpfe gegen Privatisierung im öffentlichen Dienst und gegen die Zerschlagung sozialer Netze ein.

Wirtschaftliche Kooperation statt Standortkonkurrenz, eine binnenmarktorientierte Industrie-, Struktur-, Umwelt- und Beschäftigungspolitik statt Sozialdumping und Sozialabbau, Harmonisierung der Unternehmens- und Vermögensbesteuerung statt eines ruinösen Wettlaufs um niedrige Steuern und ein europaweiter Finanzausgleich – das sind die Perspektiven der PDS für ein alternatives Europa. Dieses Europa soll friedlich, sozial gerecht, demokratisch und ökologisch sein, mit Weltoffenheit und offenen Grenzen, ein Europa ohne Nationalismus und Fremdenhass, das sich als Teil dieser einen Welt versteht, sich für sie verantwortlich fühlt und sie gemeinsam mit den Völkern und Staaten anderer Kontinente gestaltet.

Die PDS lehnt die Militarisierung der EU und die EU-Interventionstruppe ab. Die PDS setzt stattdessen auf die Entwicklung einer wirklichen Zivilmacht EU, deren gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sich durch militärische Deeskalation, quantitative und qualitative Abrüstungspolitik, den Ausbau von Strukturen ziviler Konfliktbearbeitung und die Förderung internationaler Kooperation im Rahmen von UN und OSZE auszeichnet.

Die Entwicklung einer europäischen Eigenständigkeit schließt ein, auftretende Konflikte mit den USA nicht zu scheuen. Dafür gibt es genügend Anlass, wie sich allein in Abrüstungsfragen, in umweltpolitischen Debatten und in der Haltung zum internationalen Strafgerichtshof zeigt.

Demokratie braucht engagierte Bürgerinnen und Bürger - Veränderung braucht Initiativen, Bewegung und Kooperation

Mit ihrem Wahlprogramm macht die Partei des Demokratischen Sozialismus politische Vorschläge für die Arbeit des 15. Deutschen Bundestags in der nächsten Legislaturperiode bis 2006. Unsere Vorhaben sind vernünftig, machbar und finanzierbar. Die PDS wird sich daran messen lassen, wie sie dafür im Parlament und in der Gesellschaft eingetreten ist. Wir treten für die Wahrung und Stärkung der Rechte der Parlamente und der Abgeordneten ein.

Unsere Politik ist überall im Land anhand der Arbeit von Zehntausenden Mitgliedern, von 6.250 Kommunalabgeordneten, von 200 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, von sechs Landtagsfraktionen und von Europa-Abgeordneten nachprüfbar. Konsequenz, Berechenbarkeit und Glaubwürdigkeit waren auch Merkmale der Arbeit der PDS-Fraktion im 14. Deutschen Bundestag.

Die Politik der PDS hat in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit, Kritik, Widerspruch und Zustimmung gefunden. Viele Menschen teilen mit uns die Einsicht, dass es so wie bisher in unserem Land nicht weitergehen darf, dass Alternativen möglich sind. Das macht uns Mut: Bei den Bundestagswahlen im September 2002 will die Partei des Demokratischen Sozialismus drittstärkste Partei in Deutschland werden.

Die PDS ist eine offene, eine demokratisch-sozialistische Partei. Unsere eigene Geschichte lehrt uns, Pluralität und demokratische Mehrheitsfindung nicht als unliebsame Mühsal und politische Schwächen zu sehen. Eine Partei, die sich besserwisserisch und im Besitz der einzig richtigen Lehre glaubt, wird von den gesellschaftlichen Veränderungen überwältigt.

Die Fraktion wird im Parlament und in den Wahlkreisen die Zusammenarbeit suchen: mit Gewerkschaften und Betriebsräten, Arbeitsloseninitiativen und sozialen Verbänden. Mit der Frauenbewegung. Mit der Friedensbewegung sowie mit Kritikerinnen und Kritikern der Globalisierung, antifaschistischen und antirassistischen Organisationen. Mit Bürger- und Menschenrechtsgruppen. Mit Sportvereinen. Mit Umwelt-, Verbraucher- und Mieterverbänden. Mit den Verbänden der Grundstücksnutzer und Kleingärtner. Mit Elternvertreterinnen und Elternvertretern sowie mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich für eine demokratische Bildungsreform einsetzen. Mit den Zusammenschlüssen von

schwulen und lesbischen Menschen, von Menschen mit Behinderungen, von Seniorinnen und Senioren. Mit kirchlichen und religiösen Organisationen. Und: mit Jugend-, Schüler- und Studierendengruppen, denjenigen, welche die Zukunft unserer Gesellschaft repräsentieren. Ihr entschiedenes Eintreten für mehr soziale Gerechtigkeit, für das friedliche Zusammenleben in einer komplexen Gesellschaft und deren sozialen Zusammenhalt kann durch keine politische Partei und kein Wahlprogramm ersetzt werden. Deshalb sehen wir uns auch nicht als Stellvertreterin, sondern als Teil und zugleich Partnerin demokratischer, sozialer und politischer Bewegungen und Initiativen.

Mit dem Wahlprogramm legen wir das Fundament für die parlamentarische Arbeit unserer Fraktion. Es benennt politische Projekte, die in den nächsten vier Jahren verwirklicht werden können. Und es lädt dazu ein, gemeinsam weitere neue Projekte zu entwickeln und zu verwirklichen: gegen den Pakt der ökonomisch Mächtigen. Für die sozial Abhängigen und Schwachen, für Frieden, für den Erhalt der Umwelt und für die Zukunftschancen der Jugend.